

# 77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011

## Leitantrag

---

1  
2     **Antragsteller:**      **Landesvorstand**  
3

4  
5     Der Landesparteitag möge beschließen:  
6

## 8     **DIE RICHTIGEN ANTWORTEN**

---

9     *Programm der FDP Berlin zur Wahl 2011*

### 10    **Inhalt**

11 <b>Berlin im Jahr 2011.....</b>	<b>3</b>
12       Mehr Mut zur Freiheit .....	3
13       Die Richtigen Antworten .....	4
14 <b>Frühkindliche, schulische und berufliche Bildung.....</b>	<b>5</b>
15       Vorschulische Bildung .....	5
16       Schulbildung .....	6
17       Modell Bürgerschule – die entgeltfreie Privatschule für alle.....	6
18       Grundschule .....	7
19       Sekundarschule .....	7
20       Gymnasium.....	8
21       Lehrkräfte an den Berliner Schulen.....	8
22       Berufliche Bildung .....	8
23 <b>Hochschule und Wissenschaft.....</b>	<b>9</b>
24       Wissenschaft, Forschung und Lehre.....	9
25       Universitätsmedizin.....	11
26       Private Hochschulen.....	11
27 <b>Wirtschaft.....</b>	<b>12</b>
28       Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik .....	12
29       Die Chancen für Berlin nutzen! .....	12
30       Ansiedlungen fördern.....	13
31       Gründer fördern .....	13
32       Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern .....	14
33       Berlin als fairer Auftraggeber .....	15
34       Tourismuswirtschaft ausbauen .....	15
35       Abgaben, Steuern und Kosten senken .....	15
36       Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des Beteiligungsportfolios.....	16
37       Arbeit/ Jobcenter .....	17
38 <b>Stadtentwicklung und Bauen .....</b>	<b>17</b>

# **77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011**

## **Leitantrag**

---

1	<b>Mobilität und Verkehr</b> .....	19
2	<b>Energiepolitik</b> .....	20
3	<b>Haushalt und Finanzen</b> .....	22
4	<b>Öffentlicher Dienst, Personalentwicklung und Bezahlung</b> .....	24
5	<b>Verwaltungsreform</b> .....	25
6	<b>Inneres und Sicherheit</b> .....	27
7	Extremismus .....	27
8	Polizei .....	27
9	Feuerwehr und Rettungsdienste.....	28
10	Bürgerrechte .....	28
11	Datenschutz.....	29
12	Filz- und Korruptionsbekämpfung.....	29
13	Direkte Demokratie und Wahlrecht .....	30
14	<b>Justiz</b> .....	30
15	Gerichte/Staatsanwaltschaft.....	30
16	Kinder- und Jugendkriminalität .....	31
17	Strafvollzug .....	32
18	Opferschutz .....	33
19	<b>Umweltpolitik</b> .....	34
20	<b>Gesundheit</b> .....	35
21	Krankenhäuser und Universitätsmedizin .....	35
22	Gesundheitswirtschaft .....	36
23	Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst .....	36
24	<b>Soziales</b> .....	37
25	Sozialmarkt .....	37
26	Barrierefreiheit.....	38
27	<b>Familie, Zusammenleben und Miteinander</b> .....	39
28	Jugend und Jugendhilfe .....	39
29	Kinderschutz .....	39
30	Kindertagesstätten und -pflege.....	40
31	Frauen und Gleichstellung.....	40
32	Senioren .....	40
33	<b>Integration</b> .....	42
34	<b>Sport</b> .....	44
35	<b>Verbraucherschutz</b> .....	45
36	<b>Kultur</b> .....	46
37	Kreativwirtschaft .....	47
38	Medien .....	47

1

### 2 **Berlin im Jahr 2011**

#### 3 *Präambel*

4 Berlin ist eine großartige, international herausragende Stadt. Wir wollen nicht länger hinnehmen,  
5 dass die Berlinerinnen und Berliner seit über zwei Jahrzehnten unter Wert regiert werden!

6 Unsere Stadt ist bei Arbeitslosigkeit und Armutssquote Spitzenreiter. Der Lernerfolg unserer Schüler  
7 ist, vor allem gemessen an den Mitteln, die der Senat dafür zur Verfügung stellt, der bundesweit  
8 schlechteste. Wir sind hochverschuldet und geben trotzdem immer noch zu viel Geld aus. Wir leisten  
9 uns eine teure und ineffiziente Verwaltung mit viel zu vielen Vorschriften, Verboten und Regeln. Das  
10 jährlich wiederkehrende S-Bahn-Chaos, der blamable auf einem undurchsichtigen Verfahren  
11 beruhende Flugroutenstreit und die in vielen Bereichen unnötig hohe Steuer- und Abgabenlast sind  
12 Beispiele für das Versagen der Berliner Regierung. Verlässliche Rahmenbedingungen für das Leben in  
13 unserer Stadt zu setzen ist der Senat nicht in der Lage.

14 Positive Entwicklungen in Berlin sind oftmals *trotz* der Politik des Senats und der  
15 Bezirksverwaltungen zu beobachten, nicht *wegen* dieser Politik. Sie sind in vielen Fällen auf das  
16 eigenverantwortliche Engagement der Bürger zurückzuführen, das oft genug durch die Verwaltung  
17 behindert statt gefördert wird.

18 Die anderen Parteien haben sich mit dieser Situation abgefunden und beschränken sich im Rahmen  
19 ihrer Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- oder Integrationspolitik vor allem auf die Bekämpfung von  
20 Symptomen. Statt mehr Handlungsfreiheit, Selbstverantwortung und Initiative zu schaffen, sollen  
21 immer mehr Regelungen und Verbote die Bürger beschneiden. Individuelle Lebensrisiken wälzen sie  
22 reflexhaft auf die Allgemeinheit ab.

### 23 **Mehr Mut zur Freiheit**

24 Wir Liberale konzentrieren uns darauf, die Ursachen für die Schwierigkeiten unserer Stadt zu finden  
25 und bieten Lösungen dafür an, dass sich unsere Stadt wieder hin zu einer wachsenden und  
26 zukunftsfähigen Metropole entwickelt.

27 Wir sind die einzige politische Kraft, die die Freiheit des Einzelnen in allen Lebensbereichen zum  
28 entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip macht. Nur wir Liberale haben den Mut, auf  
29 die Fähigkeiten der Menschen zu vertrauen. Wir wollen, dass jeder in Berlin seine Chancen ergreifen  
30 kann und der Staat die Entfaltungsräume dazu schafft. Unsere Politik wendet sich gegen ein  
31 bevormundendes Ordnungs- und Planungsdenken, dass sich allein vom Staat die beste  
32 Zukunftssicherung verspricht. Die Grundprinzipien von Startchancengerechtigkeit und  
33 Eigenverantwortung, von Leistungsbereitschaft und Wettbewerb sollen wieder Grundlage der  
34 politischen Entscheidungen werden.

35 Die FDP setzt sich für eine konsequente Rückführung des Staates auf seine Kernaufgaben ein. Der  
36 Einzelne kann in der Regel besser für sich selbst entscheiden. Wir wollen einen schlanken, aber

## Leitantrag

---

1 starken Staat, der in der Lage ist, die von ihm gesetzten Regeln auch zu kontrollieren und Verstöße zu  
2 sanktionieren.

### 3 **Die Richtigen Antworten**

4 Die Ursache vieler unserer Berliner Probleme ist die mangelnde wirtschaftliche Prosperität in unserer  
5 Stadt. Die Menge und Dichte der Vorschriften und Regelungen macht Berlin zu dem Bundesland mit  
6 der derzeit „höchsten wirtschaftlichen Unfreiheit“, wie Studien belegen. Dabei kann nicht der Staat  
7 kontinuierliche Wachstumseffekte erzeugen, sondern nur die Unternehmen und Bürger. Berlin fehlt  
8 es aber an Unternehmern genauso wie an privatem Kapital, das in unserer Stadt investiert wird. Der  
9 Staat muss daher Rahmenbedingungen schaffen, um die von unnötigen staatlichen Einflüssen freie  
10 wirtschaftliche Betätigung des Einzelnen zu ermöglichen.

11 Kernvoraussetzung dafür ist eine gute Bildungspolitik. Denn der Einzelne kann nur dann  
12 selbstbestimmt durch sein Leben gehen, wenn er sich früh die Grundlagen dafür aneignen konnte.  
13 Seit Jahren praktiziert Berlin bei der Schulbildung eine Nivellierung nach unten durch rot-rot-grüne  
14 Gleichmacherei. Berlin braucht aber keinen Einheitsbrei, sondern exzellente Bildungsangebote. Dazu  
15 gehören gerade auch gut ausgestattete Gymnasien und freie Schulen, die weitestgehend unabhängig  
16 sind, ebenso wie das gezielte Fördern von Begabungen unserer Kinder.

17 Wir Liberale wollen eine Kultur der Achtung und des Erfolgs in Berlin. Wenn wir das Potenzial und die  
18 Kreativität der Berlinerinnen und Berliner sich entfalten lassen, wird das Ergebnis der ganzen Stadt,  
19 uns allen, nutzen. Wir wollen individuelle Unterschiede aufgrund von Leistung zulassen. Dies setzen  
20 wir dem gleichmacherischen Bild von Gerechtigkeit unserer politischen Mitbewerber entgegen, die  
21 dem Einzelnen vorgeben wollen, was für ihn richtig oder falsch ist.

22 Am 18. September 2011 haben Sie die Wahl. Sie müssen entscheiden, wie es mit Berlin weitergeht  
23 und wie die drängenden Fragen unserer Stadt beantwortet werden sollen. Wir stehen für eine  
24 Politik, die nicht sinnentleerte Personalisierung, sondern glaubwürdige und schlüssige Inhalte in den  
25 Mittelpunkt stellt. Sie entscheiden über die Zukunft unserer Stadt.

26 Die richtigen Antworten hat nur die FDP!

### 1    **Frühkindliche, schulische und berufliche Bildung**

#### 2    *Bildungsvielfalt herstellen, Qualität sicherstellen, Gymnasien erhalten*

3    Für uns sind Vielfalt in der Bildungslandschaft und individuelle Förderung leistungsstarker ebenso wie  
4    leistungsschwacher Kinder oberstes Gebot. Eine minderwertige Bildung für alle – das ist für uns  
5    Liberale undenkbar. Wir wollen die Bildungsvielfalt und die Qualität der Bildung stärken.

6    Die unzähligen „Reformen“ der letzten Jahrzehnte haben weder die Leistung der Berliner Kinder  
7    verbessert noch die Bildungschancen erhöht, trotz der höchsten Bildungsausgaben bundesweit.  
8    Es gibt kein schlechteres Zeugnis als das für eine zehnjährige verfehlte rot-rote Bildungspolitik!  
9    Ideologisch motivierte Schulexperimente auf dem Rücken der Kinder lehnen wir ab. Nicht die Menge  
10   an eingesetztem Geld, sondern der Bildungserfolg muss Maßstab guter Bildungspolitik sein. Das  
11   Schaffen von Startchancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes Leben ist unser Leitbild.

12   Wir wollen den Bildungseinrichtungen endlich mehr Freiheit geben! Vertrauen wir den Menschen,  
13   die in Kitas und Schulen tätig sind - den engagierten Lehrkräften, Eltern und Schülern - denn sie  
14   wissen am besten, wo an ihrer Schule der Schuh drückt! Beschränken wir endlich die  
15   Regelungsdichte des Berliner Schulgesetzes und der Verwaltungsvorgaben auf das Notwendige!

16   Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit schaffen. Das gelingt vor allem dann, wenn wir die  
17   fröhkindliche Bildung besser ausbauen, den Übergang von der Kita zur Grundschule besser  
18   strukturieren und die Eltern nicht von ihrer Verantwortung entbinden.

19

### 20    **Vorschulische Bildung**

- 21     • Drei Jahre vor Schulbeginn wollen wir einen ersten verbindlichen Sprachstandstest  
22       durchführen. Defizite sollen in einer verbindlichen START-Klasse bis zum Schulanfang  
23       behoben werden.
- 24     • Wir wollen, dass neben sozialen Kompetenzen wie Respekt und Hilfsbereitschaft Tugenden  
25       wie Pünktlichkeit, Disziplin und Leistungsbereitschaft schon im Rahmen der fröhkindlichen  
26       Bildung vermittelt werden.
- 27     • Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule verbessern, um die  
28       Bildungsqualität in Kitas zu steigern.
- 29     • Die Bildungsleistung aller Kitas wollen wir regelmäßig überprüfen, damit Wettbewerb  
30       zwischen den Kitas hergestellt wird und die Qualität stimmt.
- 31     • Eine generelle Kitapflicht lehnen wir ab – sie ist verfassungswidrig und würde zudem die  
32       Wahlfreiheit der Eltern über Gebühr einschränken.
- 33     • Die großen Kita-Eigenbetriebe wollen wir auflösen und die Kitas auf freie Träger übertragen.  
34       Das fördert die Vielfalt und die Qualität der Bildungseinrichtungen.
- 35     • Wir wollen eine gute Kita mit engagiertem und gut ausgebildetem Personal. Die Fort- und  
36       Weiterbildung der Erzieherinnen muss deshalb verbessert werden.
- 37     • Wir unterstützen die Gründung von Fördervereinen in den Kitas. Sie ermöglichen besondere  
38       Projekte an der jeweiligen Kita, von denen alle Kinder profitieren.

## Leitantrag

---

- 1     • Tagesmütter garantieren den Betreuungsanspruch der Unter dreijährigen in der  
2       Kleinstgruppe. Wir wollen mit Hilfe von Fortbildungsmaßnahmen den Ausbau der  
3       Kindertagespflege fördern, damit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz auch in  
4       Berlin Realität werden kann.  
5

### 6 **Schulbildung**

7 Die zahlreichen von Rot-Rot verordneten Schulreformen der letzten Jahre haben nicht zu mehr  
8 Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit geführt - das wollen wir ändern! Die Grundschule bildet die  
9 Grundlage für den weiteren Bildungsweg der Berliner Kinder. Deshalb wollen wir sie verlässlich und  
10 solide ausstatten und die individuelle Förderung aller Kinder in den Vordergrund stellen. Die  
11 verpflichtende Einführung des Jahrgangsübergreifenden Lernens (JÜL) war ein Fehler. Wir wollen,  
12 dass die Schulgemeinschaft zukünftig über die Einführung von JÜL eigenverantwortlich entscheidet.

13 Das langsame Ausbluten der Gymnasien durch SPD, Linke und Grüne wollen wir stoppen. Wir wollen  
14 die Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trägerschaft verbessern und Eltern und Schulen für  
15 ihren Bildungsauftrag mit unserem Modell der „Bürgerschule“ mehr Eigenverantwortung geben.  
16 Damit schaffen wir Spielräume für die Gestaltungskraft unserer Schulen und setzen einen  
17 Schlusspunkt unter die ständigen sogenannten „Reformen“ der letzten Jahre. Wir werden nicht  
18 zulassen, dass das Zusammenfassen der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zur Sekundarschule dazu  
19 führt, dass das Niveau immer weiter nach unten abgleitet. Die Bildungsleistung der Ganztagschulen  
20 wollen wir ständig überprüfen, damit Wettbewerb zwischen den Schulen hergestellt wird und die  
21 Qualität stimmt.

22 Hochbegabte Kinder müssen konsequent gefördert werden. Wir wollen mit einem „Enrichment-  
23 Konzept“ ein zusätzliches Kursangebot außerhalb der Unterrichtszeit einführen. In Kursen und  
24 Arbeitsgruppen sollen besondere Lernangebote gemacht werden, die sowohl in ihrer Thematik als  
25 auch in ihrer Intensität und Arbeitsweise jenseits des üblichen Unterrichtsangebotes liegen und  
26 individuelle Begabungen und Talente adäquat fördern.

27 Wir wollen zudem, dass Schüler, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches,  
28 deutschenfeindliches oder sonstiges diskriminierendes Verhalten aufgefallen sind, einer Schule in  
29 einem anderen Stadtteil oder Bezirk zugewiesen werden können.

### 30 **Modell Bürgerschule – die entgeltfreie Privatschule für alle**

31 Bildung ist unser wichtigstes Zukunftskapital. Der Erwerb von Bildung darf daher nicht vom  
32 Geldbeutel abhängen. Darum wollen wir die individuelle Schule, und zwar für alle.  
33 Dieses Modell nennen wir „Bürgerschule“. Es stellt Schulen in freier Trägerschaft den staatlichen  
34 Schulen in der Finanzierung gleich, da alle Schulen vom Land Berlin dieselben Schülerekostensätze  
35 erhalten. Alle Kinder sollen damit unabhängig vom Einkommen der Eltern jede Schule besuchen  
36 können, egal ob öffentlich oder privat. Alle Schulen – gleich ob öffentlich oder privat – sollen zudem  
37 in Zukunft über ihr eigenes Budget frei verfügen können, alle Personalentscheidungen und  
38 Entscheidungen über ihr eigenes Profil sollen sie selbst treffen. So entstehen Gestaltungsspielräume  
39 einer zukunftsfähigen, selbständigen Schule in Freiheit und Verantwortung.

# 77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011

## Leitantrag

---

- 1     • Die Schulfinanzierung wird schrittweise auf Schülervollkostensätze umgestellt, so dass ab  
2         2016 eine trägerunabhängige Schulfinanzierung mit Schulgutscheinen greift.
- 3     • Die Schulleitungen nehmen eigene Stellenausschreibungen und Einstellungen vor. Für diese  
4         Aufgabe werden sie durch Weiterbildungen im Schulmanagement qualifiziert.
- 5     • Unterrichtsausfall wollen wir nicht länger tolerieren. Schülerinnen und Schüler haben ein  
6         Recht auf Unterricht! Das den Schulen zur Verfügung stehende zusätzliche  
7         Personalkostenbudget wollen wir darum von 3% auf 4% erhöhen.
- 8     • Schulen sollen eigenverantwortlich über ihren gesamten Haushalt entscheiden, auch über  
9         das Budget für Bauunterhaltung.
- 10    • Wir wollen zentrale Prüfungen, die eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse ermöglichen.
- 11    • Transparenz über den Bildungserfolg jeder Einrichtung werden wir durch die  
12         Veröffentlichung der Ergebnisse pro Schule herstellen.

### Grundschule

- 14    • Die bürokratischen Schuleinzugsbereiche, die Eltern und Schülern ihre Grundschule  
15         vorschreiben, wollen wir aufheben. Nur eine freie Schulwahl ermöglicht einen fairen  
16         Wettbewerb zwischen den Schulen um die besten Konzepte.
- 17    • Zu Beginn der Schule sollen Zielvereinbarungen zwischen Schule und Eltern abgeschlossen  
18         werden, die die Aufgaben beider Akteure klar definieren. Sinn dieser Vereinbarungen ist es,  
19         Eltern ihre besondere Verantwortung und ihre Möglichkeiten bei der Förderung ihres Kindes  
20         zu verdeutlichen.
- 21    • Wir wollen Kooperationen insbesondere von Ganztagschulen mit Musikschulen,  
22         Sportvereinen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen im Rahmen der Schulbudgets  
23         fördern.
- 24    • Hortbetreuung soll für alle möglich sein. Die Lücke für die fünften und sechsten Klassen bei  
25         der Hortbetreuung wollen wir beseitigen.
- 26    • Die individuelle Förderung der Kinder wollen wir über ein zusätzliches Budget verbindlich  
27         regeln, damit insbesondere Sprachdefizite schnell behoben werden können.
- 28    • Wir wollen den Ganztagsbetrieb durch mehr Abwechslung von Unterricht und  
29         Arbeitsgemeinschaften attraktiver gestalten (Rhythmisierung).
- 30    • Wir wollen die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in  
31         den Klassen 5 und 6 stärken.

### Sekundarschule

- 33    • Wir wollen die Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen verbessern. Dazu  
34         wollen wir stärkere Kooperationen mit Unternehmen und Selbstständigen, um  
35         praxisbezogene Kenntnisse zu vermitteln.
- 36    • Die Durchlässigkeit zwischen Sekundarschulen und Gymnasien muss für geeignete Schüler  
37         gewährleistet sein.
- 38    • Ganztagschulen sollen Präsenzzeiten von Lehrern einführen, die eine regelmäßige  
39         Ansprechbarkeit erlauben.

### 1 **Gymnasium**

- 2 • Das langsame Ausbluten der Gymnasien, gerade auch durch unterlassene Unterhaltungs- und  
3 Baumaßnahmen, darf nicht weitergehen. Die offensichtliche Benachteiligung der Gymnasien  
4 gegenüber der Sekundarschule und Gemeinschaftsschule wollen wir abschaffen. Für uns  
5 sind Gymnasien ein wichtiger und unverzichtbarer Pfeiler des Bildungsangebots.
- 6 • Das Losverfahren bei der Zulassung zum Gymnasium wollen wir abschaffen.
- 7 • Die Lehrpläne wollen wir verschlanken und entschlacken, damit Kinder nicht länger durch die  
8 Fülle des Lehrstoffs überfordert werden.
- 9 • Das Abitur nach 12 Jahren soll am Gymnasium die Regel sein, aber es soll auch die  
10 Wahlfreiheit bestehen, das Abitur erst nach 13 Jahren zu vergeben.
- 11 • Die Klassengrößen in den Gymnasien wollen wir senken, um individuelle Förderung zu  
12 ermöglichen.
- 13 • Grundständige Gymnasien, die Kinder schon ab der 5. Klasse aufnehmen, wollen wir  
14 beibehalten und ihnen eine eigenständige Profilierung gerade auch im neusprachlichen und  
15 mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich ermöglichen.

### 16 **Lehrkräfte an den Berliner Schulen**

- 17 • Wir wollen, dass schon Bachelorabsolventen im Lehramtsstudium künftig als  
18 Schulassistenten eingesetzt werden können, um Lehrer in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.
- 19 • Die Lehrerausbildung soll in den Universitäten in einer eigenständigen Einrichtung innerhalb  
20 der Hochschule zusammengefasst werden. Fortbildungen sollen auch im Bereich  
21 Schulmanagement für Leitungskräfte erfolgen.
- 22 • Wir wollen, dass Lehrkräfte sich außerhalb der Unterrichtszeit verbindlich fortbilden,  
23 insbesondere während der Ferienzeiten. Die Fortbildungsangebote sollen laufend überprüft  
24 werden, um deren Qualität zu gewährleisten.
- 25 • Eine Verbeamung von Lehrkräften lehnen wir ab, denn das Berufsbeamtentum ist mit  
26 unserer Vorstellung von eigenverantwortlicher und flexibler Schulen nicht vereinbar. Zudem  
27 treffen die Lasten der Verbeamung durch die Versorgungskosten kommende Generationen.
- 28 • Den angestellten Lehrkräften wollen wir in Berlin attraktive Arbeitsbedingungen bieten:  
29 Leistungsanreize, bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Arbeitszeitregelung und  
30 weniger Bürokratie sind wichtige Schritte, den Wegzug der Lehrkräfte in andere  
31 Bundesländer zu stoppen.
- 32 • Wir wollen eine bessere Vernetzung zwischen Hochschulen und Schulen, um die praktischen  
33 Erfahrungen der Studierenden zu intensivieren.

### 34 **Berufliche Bildung**

35 Eine der größten Gefahren für die Zukunftsfähigkeit der Berliner Wirtschaft ist der Fachkräftemangel.  
36 Dieses Problem verstärkt die derzeitige mangelhafte Bildungs- und Berufsbildungspolitik, die dazu  
37 führt, dass ein immer größerer Anteil der Schulabgänger nicht ausbildungsfähig ist. Wir wollen das  
38 System der dualen Ausbildung in Berufsschule und Betrieb wieder stärken.

- 39 • Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule muss gegenüber der außerbetrieblichen  
40 Ausbildung ohne echte Praxis wieder klaren Vorrang erhalten.

- 1     • Die Berufsausbildung wollen wir modularisieren, das heißt sie aus standardisierten  
2         Einzelbausteinen zusammensetzen. Das ermöglicht die Förderung von individuellen  
3         Fähigkeiten ebenso wie den Einstieg von geringqualifizierten Bewerbern.
- 4     • Wir wollen die Berufsorientierung und -beratung in den Schulen verbessern, um  
5         Berufschancen sowie die Vielfalt der über 300 Ausbildungsberufe frühzeitig aufzuzeigen und  
6         den Schülern eine gezielte Qualifizierung auf ihr Wunschberufsziel hin zu ermöglichen.
- 7     • Die Durchlässigkeit zum Hochschulsystem nach erfolgreicher Berufsausbildung wollen wir  
8         weiter verbessern. Dazu werden wir Aus-, Fort- und Hochschulbildung besser verzahnen, um  
9         qualifizierten Absolventen Weiterbildungschancen zu eröffnen.

## 10 **Hochschule und Wissenschaft**

### 11 *Freie Entfaltung für Lernende, Lehrende und Forschende*

12 Berlin muss sich den Herausforderungen eines globalisierten Wissenschafts- und Forschungssystems  
13 stellen und auf beschleunigte Innovationszyklen, hohe Mobilität in einem international gewordenen  
14 Arbeitsmarkt für Studierende, Lehrende und Forschende reagieren. Das ist nur möglich, wenn die  
15 Politik zulässt, dass Lernende, Lehrende und Forschende sich möglichst frei von staatlichen Eingriffen  
16 wissenschaftlich entfalten. Die alten Strukturen staatlicher Aufsicht und Detailsteuerung lassen dies  
17 nicht zu.

18 Wir wollen daher das Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen in einem Hochschulfreiheitsgesetz  
19 neu regeln. Ziel ist es, den Hochschulen ein hohes Maß an Planungssicherheit, Eigenverantwortung  
20 und Selbstbestimmung zu gewähren.

## 21 **Wissenschaft, Forschung und Lehre**

22 Damit die Anreize für eine qualitativ hochwertige Bildung verbessert werden, soll die staatliche  
23 Studienfinanzierung stärker an den Studienbedingungen und der Anzahl der Studierenden  
24 ausgerichtet werden.

- 25     • Das derzeitige System der Hochschulfinanzierung wollen wir daher in Richtung eines „Geld  
26         folgt Studierenden“-Modells gemeinsam mit den Hochschulen fortentwickeln. Dazu wollen  
27         wir die Mittel für Forschung sowie die von den Hochschulen nicht zu steuernden Aufgaben in  
28         eine Grundfinanzierung für die Hochschulen umwandeln.
- 29     • Die in den Hochschulverträgen vereinbarte Anzahl an Studienplätzen in Berlin wollen wir für  
30         die kommenden vier Jahre anheben, wobei wir zu deren Finanzierung die erfolglose Einstein-  
31         Stiftung auflösen wollen.

32 Damit schaffen wir für die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs 2012 gute  
33 Studienmöglichkeiten und -bedingungen in Berlin.

- 34     • Wir möchten, dass die Schüler besser auf das Studium vorbereitet sind, daher sollen die  
35         schulischen Beratungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Bereits mit Eintritt der  
36         Sekundarstufe II müssen Schüler und Schülerinnen die Möglichkeit haben, Studienfach- und  
37         Studienfinanzierungsberatung in Anspruch zu nehmen.

# 77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011

## Leitantrag

---

- 1     • Wir werden das auf Bundesebene von der FDP durchgesetzte Stipendienprogramm  
2         besonders für die Berliner Studierenden dazu nutzen, um möglichst viele Stipendien für  
3         Berlins Studierende einzuwerben.
- 4     • Angesichts der Betreuungs- und Lehrsituation an Berlins staatlichen Hochschulen sollen diese  
5         das Recht erhalten, Studienbeiträge bis zu einer Höhe von 500 Euro je Semester zu erheben.  
6         Voraussetzung dafür ist, dass die Einnahmen vollständig an der jeweiligen Hochschule  
7         verbleiben und zur Verbesserung der Studienqualität führen. Die Studierenden müssen dabei  
8         an der Ausgestaltung der Verwendung der Studienbeiträge beteiligt sein.
- 9     • Daneben wollen wir ein Kreditprogramm auflegen, das es Studierenden ermöglicht,  
10         Studienbeiträge vorzufinanzieren und erst im Berufsleben einkommensabhängig  
11         zurückzuzahlen.
- 12     • Hochschulen sollen Berufungen eigenständig durchführen können und über die Höhe von  
13         Leistungszulagen selbstständig entscheiden. Der Vergaberahmnen in der W-Besoldung wird  
14         damit abgeschafft. Hochschulen müssen darüber hinaus in die Lage versetzt werden, flexibel  
15         und angemessen auf internationale Bedingungen und Entwicklungen bei der Vergütung und  
16         Nebenabreden zu reagieren.
- 17     • Die Hochschulen sollen Wissenschaftlern individuell ermöglichen können, ihrer  
18         Lehrverpflichtung flexibel nachzukommen. Die Lehrverpflichtungsverordnung wollen wir  
19         abschaffen.
- 20     • Die Hochschulen sollen einzelne Dienstleistungen, die heute vom Studentenwerk angeboten  
21         werden, in eigener Regie anbieten können, um ihr Hochschulprofil zu schärfen und das  
22         Angebot für die Studierenden zu verbessern.
- 23     • Drittmittelstellen sollen nicht automatisch zu einer Kapazitätserhöhung einer Hochschule  
24         führen, sondern sie sollen auch zur Verbesserung der Betreuungsrelation in der Lehre  
25         genutzt werden können.“
- 26     • Die Zwangsmitgliedschaft in den Studierendenschaften wollen wir durch ein Austrittsrecht  
27         der Studierenden beenden. So entscheidet jeder Student selbst, ob er der verfassten  
28         Studierendenschaft weiter angehören möchte oder nicht.
- 29     • Staatliche Forschungsverbote und Hemmnisse, gerade im Zukunftsfeld der für den  
30         Berliner Standort so wichtigen Lebenswissenschaften, werden wir überprüfen und  
31         gegebenenfalls beseitigen.
- 32     • Die Leistungsfähigkeit des Berliner Wissenschaftssystems wollen wir durch den Ausbau der  
33         Kooperationsmöglichkeiten zwischen Universitäten, außeruniversitären  
34         Forschungseinrichtungen, der Wirtschaft und Schulen fördern.
- 35     • Wir werden die Einführung von Globalhaushalten und kaufmännischer Buchführung  
36         zur Stärkung der Wissenschaftseinrichtungen konsequent fortführen und damit einen  
37         Beitrag zur weitgehenden Selbstverwaltung der Wissenschaftseinrichtungen liefern.
- 38     • Wir werden uns für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag für einen  
39         hochdynamischen Arbeitsmarkt einsetzen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für  
40         ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für Wissenschaftler, wissenschaftlichen  
41         Nachwuchs und wissenschaftlich-technisches Personal.
- 42     • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die diskriminierende Altersgrenze fällt. Keiner  
43         soll nur aufgrund seines Alters von einer Lehr- oder Forschungstätigkeit ausgeschlossen sein.

- 1     • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Arbeitsmöglichkeiten für ausländische  
2       Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erleichtern werden. Wir brauchen  
3       unbürokratische Regelungen für Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse.

### 4 **Universitätsmedizin**

5 Die Charité ist nicht nur eine Ansammlung von Krankenhäusern, sondern eine der wichtigsten  
6 Forschungsinstitutionen unserer Stadt. Seit der Wiedervereinigung haben die Einzelteile der heutigen  
7 Charité einen beachtlichen Veränderungsprozess erfahren. Die Forschungskraft hat sich trotz des sich  
8 ständig wandelnden Umfeldes hervorragend entwickelt.

9 Das Zusammenlegen der zwei medizinischen Fakultäten zu einer von HU und FU gemeinsam  
10 getragenen Institution hat sich nicht bewährt. Die Charité, die sich in den letzten Jahren  
11 organisatorisch und mental weiter verselbstständigt hat, wollen wir zu einer eigenständigen  
12 medizinischen Hochschule umwandeln. Im Zuge dessen wollen wir die Anzahl der Standorte weiter  
13 reduzieren und einen Neubau für die universitätsmedizinische Krankenversorgung vorsehen  
14 (→ Gesundheit). Die für diesen Prozess notwendigen Investitionen werden sich schon mittelfristig  
15 durch Kosteneinsparungen bezahlt machen.

### 16 **Private Hochschulen**

17 Berlin ist ein attraktiver Standort für private Hochschulen. Sie bereichern das Studienangebot um  
18 weitere Kapazitäten und gute Lehrangebote. Gerade berufstätige Studierende können durch private  
19 Hochschulen einen Hochschulabschluss erlangen.

20 Wir wollen daher die Ansiedlung und das Wachstum von privaten Hochschulen in Berlin  
21 unterstützen. Es ist staatliche Aufgabe, die Bildung junger Menschen zu finanzieren – und zwar  
22 unabhängig von der staatlichen oder privaten Trägerschaft der jeweiligen Einrichtung. Daher wollen  
23 wir mittelfristig private Hochschulen in das „Geld folgt Studierenden“-Modell einbeziehen und  
24 kurzfristig sie am Aufbau zusätzlicher Studienkapazitäten beteiligen und sie hierbei finanziell den  
25 staatlichen Hochschulen gleichstellen.

1

## 2 **Wirtschaft**

### 3 *Mehr unternehmerische Initiative für mehr Wohlstand in unserer Stadt*

4 Wir brauchen eine grundsätzliche Neuausrichtung der Berliner Politik. Eine Politik, die den Menschen  
5 neue Perspektiven für Wohlstand und Selbstverwirklichung eröffnet und die die großen Potenziale  
6 unserer Stadt endlich nutzt, muss auf die Entfaltung unternehmerischer und freiberuflicher Initiative  
7 setzen. Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, entwickeln neue Technologien und finanzieren über  
8 ihre Steuern die Infrastruktur unserer Stadt. Die Arbeitnehmer tragen durch ihre Arbeitsleistung zum  
9 Erfolg der Unternehmen bei. Eine unternehmensfreundliche Politik nutzt deshalb allen Bürgerinnen  
10 und Bürgern Berlins.

11 Jede Entscheidung, die Wachstum fördert und damit Arbeit und Wohlstand schafft, ist daher von der  
12 Politik zu unterstützen. Jede Maßnahme, die Arbeit und Wohlstand unnötig schadet, ist zu  
13 unterlassen. Wirtschaftspolitik ist für die FDP eine Querschnittsaufgabe, an der sich alle Politikfelder  
14 und die Verwaltung zu orientieren haben.

15 Staatliche Bevormundung und die Tendenz des rot-roten Senats, immer mehr zu regeln, zu  
16 reglementieren und zu verbieten, muss ein Ende haben. Ökologisch sinnlose Einfahrverbote in die  
17 Innenstadt („Umweltzone“), zusätzliche bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen  
18 („Berliner Vergabegesetz“), unrealistisch hohe Auflagen für den Winterdienst („Straßenreinigungs-  
19 gesetz“), unnötig hohe Einschränkungen der Eigenverantwortung („Nichtraucherschutzgesetz“) oder  
20 die zwangsweise energetische Sanierung von Gebäuden auf Kosten der Eigentümer und Mieter  
21 („Klimaschutzgesetz“) stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Liberale Politik bedeutet dagegen,  
22 auf die Verantwortlichkeit und die Initiative jedes Einzelnen zu setzen.

### 23 **Grundsätze unserer Wirtschaftspolitik**

- 24 • Wir Liberale bekennen uns zu einer unternehmensfreundlichen Politik, auf der Grundlage der  
sozialen Marktwirtschaft. Innovation und unternehmerisches Risiko sind die Grundpfeiler  
erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns
- 27 • Wir stehen für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und effektiven Bürokratieabbau.
- 28 • Wir erwarten von den führenden Repräsentanten unserer Stadt mehr persönliches  
Engagement für die Berliner Wirtschaft und mehr eigene Wirtschaftskompetenz.
- 30 • Wir wollen das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und unternehmerische  
Verantwortung in der Gesellschaft stärken.

### 32 **Die Chancen für Berlin nutzen!**

33 Wirtschaftspolitik muss gezielt Chancen nutzen, sie darf sich dabei aber nicht verzetteln. Zudem muss  
34 Berlin nicht nur neue Unternehmen werben, sondern auch die Abwanderung vorhandener Firmen  
35 verhindern und das Wachstum bestehender Unternehmen ermöglichen. In den folgenden Bereichen  
36 wollen wir Chancen nutzen:

## Leitantrag

---

- 1     • Unternehmen können nur bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gedeihen. Diese  
2       werden wir herstellen und gewährleisten.
- 3     • Wir wollen überregionale, höherwertige Dienstleister (IT, Berater, unternehmensnahe  
4       Dienstleistungen, Kreativwirtschaft) anziehen, um hochwertige Dienstleistungen aus Berlin  
5       zu exportieren.
- 6     • Ebenso wollen wir uns um Industrie und verarbeitendes Gewerbe  
7       (Erweiterungsinvestitionen und neue Produktionen vor allem im Hightech-Bereich) verstärkt  
8       bemühen und diesen Sektor weiter ausbauen.
- 9     • Wir wollen Berlin auch als Standort für Deutschland- oder Europazentralen ausländischer  
10      Unternehmen bei Neuansiedlungen in Deutschland bzw. der EU positionieren.

### Ansiedlungen fördern

Wir wollen die Aktivitäten der Ansiedlungsförderung deutlich fokussieren, um konkrete Erfolge erzielen zu können.

- 14     • Wir wollen Ansiedlungsaktivitäten auf die vorhandenen Cluster Berlins konzentrieren  
15       (Kreativwirtschaft, Informationstechnologie/ Medien, Logistik/ Verkehr, Biotech/  
16       Gesundheit).  
17       Neue Cluster können nicht beliebig durch „die Politik“ herbeigeredet werden (Stichwort:  
18       „Green Economy“), sondern setzen bestehende Unternehmen voraus, deren Aktivitäten sich  
19       ergänzen und gegenseitig bef冴ren.
- 20     • Wir wollen aktiv Ansiedlungen auf hoch produktive und hoch wertschöpfende Branchen  
21       fokussieren (überregionale Dienstleister, Hightech, hoch wertschöpfende Produktionen,  
22       zentrale Verwaltungen außereuropäischer Unternehmen), um gutbezahlte und  
23       anspruchsvolle Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.
- 24     • Wir werden die Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung sowie die Marketing-Aktivitäten  
25       Berlins (BerlinPartner, visitBerlin, Technologie Stiftung Berlin) organisatorisch  
26       zusammenführen und eng mit dem Liegenschaftsmanagement und der Stadtplanung  
27       koordinieren.

### Gründer fördern

Wir brauchen mehr Unternehmer und mehr Gründer in Berlin. Gründer geben unserer Stadt entscheidende Impulse für mehr Wachstum und schaffen attraktive Arbeitsplätze. Gerade kleine und mittlere Unternehmen und Handwerker dienen als Gründungsmotor, sie sind relativ krisenresistent und können Berlin daher dauerhaftes Wachstum bringen. Berlin braucht aber nicht nur mehr, sondern auch eine qualitative Verbesserung der Unternehmensgründungen: Wir wollen, dass sich mehr neue Betriebe in den Zukunftstechnologien und hochwertigen Dienstleistungen sowie in der Kreativwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft und in den Verkehrstechnologien ansiedeln, neben den bisher vorherrschenden Gründungen in Handel, einfachen Dienstleistungen oder Gastgewerbe.

37

38

39

## Leitantrag

---

1 Wir wollen deshalb folgendes umsetzen:

- 2 • Wir wollen die Stimmung für Gründungen in Berlin verbessern und positiv auf die  
3 Öffentlichkeit einwirken, um die Haltung gegenüber Existenzgründung, Unternehmertum  
4 und Risikobereitschaft zu verbessern.
- 5 • Wir wollen Menschen ermutigen, ihre Ideen unternehmerisch umzusetzen. Mit der  
6 Herausgabe eines „Gründerleitfadens“ werden wir die neuen Möglichkeiten für Gründer in  
7 Berlin international bekannt machen und den Mittelabruf bei Förderprogrammen  
8 vereinfachen.
- 9 • Wir wollen ein „Gründerhaus“ als Anlaufstelle für Gründer aufbauen. Dort soll ein  
10 niedrigschwelliges und schnell verfügbares Angebot von Netzwerken und Kontakten unter  
11 anderem mit Hochschulen und Kapitalgebern für Gründer bereithalten werden.
- 12 • Wir wollen mehr privates Beteiligungskapital mobilisieren, indem Berlin die direkte  
13 Vermittlung von Wagniskapital unterstützt und Investoren und Gründer zusammenbringt.
- 14 • Die bestehenden erfolgreichen Aktivitäten der Berliner Hochschulen im Bereich der  
15 Unternehmensgründungen müssen dauerhaft fortgeführt und weiter unterstützt werden.
- 16 • Das Potenzial von Gründern mit Migrationshintergrund muss Berlin endlich stärker nutzen  
17 und diesen Personenkreis zu unternehmerischem Engagement ermutigen.  
18 Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausländische Abschlüsse in Berlin schneller und  
19 einfacher anerkannt werden. Bei Defiziten wollen wir Angebote schaffen, damit ausländische  
20 Abschlüsse zu anerkannten Abschlüssen erweitert werden können.  
21 Wir wollen Unternehmer mit Migrationshintergrund gezielt für die Außenwerbung sowie die  
22 Herstellung und Pflege von Außenwirtschaftskontakten für Berlin gewinnen, vor allem auch  
23 außerhalb der EU.
- 24 • Die bestehenden Programme und Strukturen wollen wir auf die Berliner Cluster fokussieren.  
25 Die Förderprogramme müssen übersichtlicher werden. Wir wollen sie auf wenige  
26 zusammenfassen. Förderprogramme sollen viel konsequenter auf messbare Ergebnisse bei  
27 den Gründern abstellen und regelmäßig evaluiert werden. Eine Förderung soll in Zukunft  
28 auch in Form von Beratungsunterstützung (vor allem in den Bereichen Marketing und  
29 Vertrieb) geleistet werden.

### 30 **Wachstumschancen bestehender Unternehmen verbessern**

31 Auch die in Berlin bereits ansässigen Unternehmen verdienen die Aufmerksamkeit der Politik, und  
32 zwar nicht erst, wenn sie androhen, Arbeitsplätze abzubauen oder die Stadt zu verlassen. Berliner  
33 Unternehmen müssen in ihrem Wachstum unterstützt und nicht behindert werden.

- 34 • Berlin braucht eine professionelle Begleitung bestehender Unternehmen. Dabei sollen u.a.  
35 Netzwerke unter Beteiligung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen aller  
36 Größen, Kapitalgebern sowie der Verwaltung angeregt und aufgebaut werden.
- 37 • Die Förderprogramme und Förderungsaktivitäten für Bestandsunternehmen wollen wir –  
38 ohne andere, etablierte Industrien zu vernachlässigen - auf die Cluster konzentrieren, da dort  
39 die besten Wachstumseffekte erzielt werden können.
- 40 • Wir wollen, dass die Berliner Verwaltung zu einem serviceorientierten Dienstleister für  
41 Berliner Unternehmen wird. Unternehmen sollen für alle Verwaltungsvorgänge einen

## Leitantrag

---

1 Einheitlichen Ansprechpartner erhalten, der sich um ihre Anliegen kümmert (→  
2 Verwaltungsreform).

### 3 Berlin als fairer Auftraggeber

4 In Berlin vergibt die öffentliche Hand jährlich Aufträge in Höhe von ca. € 5 Mrd. Die FDP lehnt  
5 zusätzliche Vergabekriterien, die nicht die Qualität, den Leistungsinhalt, die Wirtschaftlichkeit (Preis,  
6 Betriebskosten) und die Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers betreffen, ab. Jedes weitere  
7 sachfremde Kriterium verteuert die Leistung und verzerrt den Wettbewerb.

- 8 • Vergaben sind mittelstandsfreundlich im Sinne der Unternehmen der Region zu gestalten.
- 9 • Wir wollen das Berliner Vergabegesetz mit seinen vergabefremden Beschränkungen  
10 abschaffen. Die Vergaberegelungen auf Bundes- und EU-Ebene reichen völlig aus.
- 11 • Die Einführung von transparenten und einheitlichen Vergabekriterien für  
12 Landesbeteiligungen ist erforderlich.
- 13 • Um die schlechte Zahlungsmoral der Berliner Verwaltung zu verbessern, sind  
14 verwaltungsinterne Sanktionsmechanismen gegen die säumige Verwaltungsstelle  
15 einzuführen.

### 16 Tourismuswirtschaft ausbauen

17 Tourismus ist ein wichtiger und einträglicher Wachstumssektor in Berlin. Wir wollen die touristische  
18 Anziehungskraft Berlins weiter stärken. Wir haben das Ziel, Berlin zur Tourismus-Metropole Nr. 1 in  
19 Europa zu machen.

- 20 • Wir wollen den Ausbau der internationalen Flugverbindungen Berlins besonders nach Asien  
21 und Übersee vorantreiben. Der Flughafen Berlin-Brandenburg International darf nicht zu  
22 einem Regionalflughafen herabgestuft werden. Er muss wirtschaftlich arbeiten und sich  
23 weiter entwickeln können.
- 24 • Zusätzliche Abgaben für Touristen lehnen wir ab. Vor allem wollen wir keine bürokratische  
25 „CityTax“, die Berlin wenig bringt, aber Berlin für Touristen verteuert.
- 26 • Wir setzen uns ein für eine möglichst weitgehende Lockerung der Ladenöffnungszeiten.
- 27 • Fremdsprachige Touristen müssen sich im öffentlichen Raum besser orientieren können.  
28 Darum wollen wir mehr touristenfreundliche Informationen, vor allem in englischer Sprache.

### 29 Abgaben, Steuern und Kosten senken

30 Wir wollen Abgaben und Steuern senken, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Wirtschafts-  
31 wachstum führt wiederum zu strukturellen Verbesserungen im Haushalt (→Finanzen)

- 32 • Wir wollen die Steuer- und Abgabenlast senken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts  
33 Berlin zu verbessern. Gewerbesteuer, Grundsteuer und Grunderwerbsteuer wollen wir daher  
34 auf ein niedrigeres Niveau anpassen, dass mit anderen Metropolen vergleichbar ist.
- 35 • Die besonders hohen Belastungen für Mieter und Immobilieneigentümer in Berlin wollen wir  
36 deutlich reduzieren. Dies betrifft neben der Grund- und Grunderwerbsteuer vor allem auch  
37 die Entgelte für Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Schornsteinfegerwesen und  
38 Fernwärme.

## Leitantrag

---

- 1        In diesen Bereichen wollen wir mehr Wettbewerb schaffen, um die Abgabenlast für die  
2        Bürger zu senken und gleichzeitig bessere Leistungen zu bieten. Eine transparente  
3        Preisbildung im Wettbewerb ist jeder Rechtsvorschrift zur Gebührenkalkulation überlegen.  
4        Leistungen der Entsorgung und Straßenreinigung müssen regelmäßig gebietsweise  
5        ausgeschrieben werden.
- 6        • Die Selbstbereicherung des Landes Berlin auf Kosten der Bürger durch hohe Zwangsgebühren  
7        bei der so genannten Daseinsvorsorge (wie z.B. bei den Wasserpreisen) werden wir beenden.
  - 8        • Das Straßenausbaubeuritragsgesetz, das Grundstückseigentümer für  
9        Instandhaltungsversäumnisse des Senats in den letzten Jahrzehnten haftbar macht, wollen  
10      wir abschaffen.

### 11      **Zusätzliche wirtschaftliche Dynamik durch Reduzieren des 12      Beteiligungsportfolios**

13      Die FDP stellt alle Beteiligungen des Landes Berlin zur Disposition. Es gilt der Grundsatz: Die  
14      öffentliche Hand hat sich nicht als Wettbewerber am Markt unternehmerisch zu betätigen. Die von  
15      Rot-Rot angestrebte Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe lehnen wir entschieden ab.  
16      Sie würde den Berliner Haushalt auf lange Zeit belasten, ohne positive Effekte für die Bürger  
17      erreichen zu können. Für uns Liberale stehen die Interessen der Bürger im Vordergrund, und nicht  
18      abstrakte Eigentumsdiskussionen.

19      Wir wollen die Beteiligungen des Landes und städtisches Immobilienvermögen veräußern, wann  
20      immer dies unter Beachtung einer ausreichenden Flächenbevorratungspolitik und ohne Bildung  
21      neuer privater Monopole möglich ist. Wir wollen ein Kataster, das als Leitfaden für die Privatisierung  
22      von Landesbeteiligungen im Wettbewerb dient:

- 23        • Alle durch landeseigene Unternehmen und die öffentliche Hand unmittelbar erbrachte  
24        Leistungen wollen wir darauf überprüfen, ob diese nicht auch von privaten Anbietern im  
25        Wettbewerb erbracht werden können. Mit staatlichen Geldern darf keine Konkurrenz zu  
26        privatwirtschaftlicher Tätigkeit gefördert werden.
- 27        • Dies gilt auch im Bereich der so genannten Daseinsvorsorge. Hier hat der Staat die  
28        Organisation der Leistungserbringung sicherzustellen, dies aber nicht selbst zu erbringen.
- 29        • Jede Beteiligungsveräußerung leistet einen Beitrag zur Haushaltkskonsolidierung.
- 30        • Private Investitionen ziehen in der Regel auch weiteres privates Kapital nach Berlin nach.
- 31        • Die Berliner Wasserbetriebe belasten die Bürger durch hohe Wasserpreise, die auf die  
32        Selbstbereicherung des Landes Berlin aufgrund der von CDU und SPD eingeleiteten und von  
33        SPD und Linken fortgeführten Scheinprivatisierung zurückzuführen sind. Wir wollen die  
34        Berliner Wasserbetriebe in eine wettbewerbsfördernde Struktur überführen, um mehr  
35        Effizienz und einen bezahlbaren Wasserpreis für Bürger und Unternehmen zu erreichen.
- 36        • Auch die noch landeseigenen Berliner Wohnungsgesellschaften müssen in die freie  
37        Immobilienwirtschaft überführt werden. Auch wenn der Staat Verantwortung dafür trägt,  
38        sozial Schwachen Wohnen zu ermöglichen, so sind doch der Bau und die Verwaltung von  
39        Wohnimmobilien keine Aufgabe des Staates.

### 1 **Arbeit/ Jobcenter**

2 Wir werden das Augenmerk der Arbeitsmarktpolitik nicht auf immer weitere  
3 Beschäftigungsmaßnahmen, sondern auf den ersten Arbeitsmarkt lenken. Den teuren und  
4 wirkungslosen Öffentlichen Beschäftigungssektor des rot-roten Senats, der nur einigen Wenigen  
5 zugutekommt, werden wir abschaffen. Arbeitsgelegenheiten und Beschäftigungsgesellschaften – oft  
6 unter wenig transparenter wirtschaftlicher Trägerschaft – sind keine Perspektive für  
7 Langzeitarbeitslose. Wir werden stattdessen den Einstieg in den Ersten Arbeitsmarkt für  
8 Transferempfänger konsequent fördern und zum Ziel aller beschäftigungspolitischen Maßnahmen  
9 machen.  
  
10 Die Verantwortung für die Arbeit der Jobcenter wollen wir von der Bundesagentur für Arbeit stärker  
11 auf die Bezirke verlagern, damit sie schnell, flexibel und ortskundig Arbeitssuchende unterstützen  
12 können.  
  
13 Wir machen uns dafür stark, dass die Arbeitsvermittler nach dem Vorbild Dänemarks einen engen  
14 und direkten Austausch mit den Unternehmen suchen, um die Bedarfe zu erkennen und  
15 Arbeitssuchende schnell auf offene Stellen zu vermitteln.

### 16 **Stadtentwicklung und Bauen**

#### 17 *Strategische Planung für das Wachstum Berlins*

18 Stadtentwicklung, Bauen und Verkehrsplanung müssen Teil einer strategischen Planung für unsere  
19 Stadt werden. Unser Ziel ist es, die Stadtentwicklung auf ein weiteres Wachstum unserer Stadt  
20 auszurichten und damit deren Zukunftsfähigkeit aktiv zu fördern. Wenn hunderttausende  
21 Arbeitsplätze mehr in Berlin entstehen sollen, müssen auch Bauflächen für Wohnungen, Büros,  
22 Gewerbe, Industrie und entsprechende Energie- und Verkehrstrassen bereitgestellt werden. Dies ist  
23 unser Begriff von integrierter Stadtentwicklung.

- 24     • Die Landesplanung muss eine koordinierte Zielvorstellung verfolgen. Sie muss sich an den  
25       Bedürfnissen einer wachsenden Stadt und einer wachsenden Wirtschaft orientieren. Der  
26       Berliner Senat muss dazu einen Masterplan entwickeln, der Wachstumsachsen und künftige  
27       Entwicklungspotenziale und Nutzungsmöglichkeiten aufzeigt und deren Anforderungen an  
28       die Infrastruktur berücksichtigt.
- 29     • Wir wollen für Berlin ein professionelles Flächenmanagement etablieren, damit die Stadt auf  
30       das Wachstum vorbereitet ist. Verkehrsachsen, Industrieflächen, Baugebiete, soziale  
31       Infrastruktur und sonstige Flächen sind zu erfassen und priorisiert nach Kriterien und  
32       Kategorien aus Sicht der potenziellen Nutzer zu ordnen. Während die endgültige Nutzung  
33       noch nicht erfolgt, sind Zwischennutzungen anzuregen und zu organisieren.
- 34     • Wir wollen, dass bedeutende und ambitionierte Projekte in Bau und Architektur (z.B.  
35       Stadtschloss, Mediaspree, die Hochhäuser am Alex, die Bauten am Breitscheidplatz/Zoo und  
36       die IGA Tempelhof 2017) als Leuchttürme der Entwicklung einer attraktiven, lebenswerten  
37       und zukunftsfähigen Metropole entstehen und sich zu Wahrzeichen unserer Stadt  
38       entwickeln.

## Leitantrag

---

- 1     • Auch für den historischen Kern unserer Stadt zwischen Alexanderplatz und Schlossplatz  
2       müssen ambitionierte Stadtplanungen entwickelt werden statt den öden Ist-Zustand zu  
3       bewahren. Dabei sind die bestehenden Spuren der Stadtgeschichte zu berücksichtigen.  
4     • Die Revitalisierung und Aufwertung von Stadtteilen, die manche als „Gentrifizierung“  
5       verunglimpfen, darf nicht verhindert, sondern muss zugelassen und sogar befördert werden.  
6       Wir wollen eine Willkommenskultur für Zu- und Umziehende. Wir wollen Initiativen für  
7       Neues ermutigen. Eine Konservierung des „Status Quo“ bringt unsere Stadt nicht voran. Aus  
8       Stagnation ist noch nie Aufregendes und Neues hervorgegangen.  
9     • Wir wollen der in einigen Bereichen unserer Stadt bestehenden Spielhallenhäufung, die auf  
10      eine mangelhafte Handhabung des Baurechts in einigen Bezirken zurückzuführen ist,  
11      entgegenwirken, indem wir für das Glücksspiel ein Konzessionsmodell einführen, das höhere  
12      Anforderungen an Spielveranstalter und Spielstätten stellt. Gleichzeitig werden wir  
13      sicherstellen, dass Jugendschutz, Suchtprävention und städtebauliche Ansehnlichkeit bei  
14      einem Konzessionsmodell eingehalten werden.  
15     • Um langfristig eine ausreichende Wohnungsversorgung für alle sicherzustellen, brauchen wir  
16      vor allem Wohnungsneubau. Nur durch den Neubau von Wohnungen können eine  
17      Verknappung von Wohnraum und damit verbundene Preissteigerungen vermieden werden.  
18      Deshalb bedarf es weiterer Flächenausweisungen für Wohnprojekte, besonders auch im  
19      Innenstadtbereich. Ebenso ist darauf zu achten, dass landeseigene Grundstücke gezielt  
20      genutzt werden, um preiswerten Wohnungsbau zu ermöglichen und nicht einfach zum  
21      höchsten Preis verkauft werden.  
22     • Auch der Neubau von Eigentumswohnungen entlastet den Mietermarkt, da durch den  
23      Umzug in Eigentumswohnungen Mietwohnungen frei werden. Gleichzeitig sichert  
24      Wohneigentum langfristig stabile Wohnkosten. Deshalb ist unser Ziel, die Eigentumsquote  
25      erhöhen. Wenn landeseigene Wohnungen verkauft werden, müssen diese zuerst den  
26      Mietern zum Kauf angeboten werden.  
27     • Kleinteilige Vergaben eröffnen mehr Chancen, Wohneigentum neu zu errichten. Das gilt auch  
28      für genossenschaftliches Bauen und Baugruppen, denen wir Chancen eröffnen wollen, ihre  
29      Pläne umzusetzen.  
30     • Wir wollen preiswerteres Bauen ermöglichen, um bezahlbare Mieten auch im Neubau zu  
31      erreichen. Dazu wollen wir Verordnungen entschlacken und unnötige verteuernde Auflagen  
32      streichen.  
33     • Wir wollen im Rahmen der geplanten IBA mit Architekturwettbewerben Pilotprojekte für den  
34      preiswerten Bau von Mietwohnungen entwickeln und dafür die Kreativität international  
35      renomierter ebenso wie junger, ortsansässiger Architekturbüros einbinden.  
36     • Für Mieter mit niedrigem Einkommen setzen wir auf eine Subjektförderung durch Wohngeld.  
37      Die direkte Förderung von Bauobjekten durch öffentliche Mittel lehnen wir ab, da dabei nur  
38      ein Teil der eingesetzten Mittel tatsächlich zu Mietenkungen führt und zu viele Mittel im  
39      System versickern.

40

### 1   **Mobilität und Verkehr**

#### 2   *Mobilität als Bürgerrecht*

3   Wir wollen Mobilität erleichtern, denn Mobilität – insbesondere individuelle Mobilität – ist auch ein  
4   Freiheitsrecht. Für viele Bevölkerungsgruppen ist individuelle und barrierefreie Mobilität die  
5   Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, gerade für Familien, ältere Menschen, Schwangere  
6   oder Menschen mit Behinderungen. Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist zudem wesentliche  
7   Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung unserer  
8   Stadt.

- 9         • Wir wollen die individuelle Wahlfreiheit des Bürgers bei der Auswahl der von ihm  
10      gewünschten Verkehrsmittel ermöglichen. Dies gewährleistet ein Wettbewerb der  
11      Verkehrsträger untereinander. Die Nutzung einzelner Verkehrsträger wollen wir nicht  
12      politisch steuern, sondern die Verkehrssysteme auf die Nachfrage der Verkehrsutzer  
13      ausrichten.
- 14         • Nur der Wettbewerb attraktiver Verkehrssysteme schafft Qualitätsverbesserungen und  
15      günstige Beförderungskosten für den Nutzer.  
16      Einseitigen Einschränkungen und künstlichen Belastungen von Autofahrern und  
17      Motorradfahrern treten wir entgegen. Auf Hauptstraßen muss Tempo 50 gelten. Ein  
18      stadtweites Tempo 30, das umweltfeindlich und wirtschaftshemmend wirkt, lehnen wir ab.  
19      Auf den Hauptverkehrsstraßen soll soweit wie möglich die „Grüne Welle“ zur Verhinderung  
20      von immissionsträchtigen und umweltschädlichen Behinderungen eingeführt werden.
- 21         • Die Verkehrssysteme und die Verkehrsinfrastruktur müssen wir trotz angespannter  
22      Haushaltslage auskömmlich finanzieren, denn die Sicherung der Mobilität ist Voraussetzung  
23      für wirtschaftliche Entfaltung und Wachstum. Insbesondere müssen in der nächsten  
24      Legislaturperiode folgende wichtige Projekte realisiert werden:
  - 25             ○ Weiterbau der A100,
  - 26             ○ Schienenanbindung BBI,
  - 27             ○ Tangentialverbindung Ost (TVO).
- 28         • Wir wollen, dass die Flugrouten des künftigen Flughafens so festgesetzt werden, dass sie den  
29      Berliner Süden möglichst gering belasten und gleichzeitig das geplante Verkehrsvolumen des  
30      Flughafens bewältigen können. Die in den 90er Jahren vom CDU-geführten Senat gefasste  
31      fehlerhafte Standortentscheidung hat die FDP seinerzeit bekämpft, sie ist jedoch heute nicht  
32      mehr revidierbar.
- 33         • Die Parkraumbewirtschaftung darf nicht weiter ausgeweitet werden. Der Bau von weiteren  
34      Parkhäusern entsprechend der Nachfrage soll zugelassen werden.
- 35         • Die so genannte, aber wirkungslose „Umweltzone“ muss abgeschafft werden.
- 36         • Der Öffentliche Nahverkehr muss verlässlich im Wettbewerb funktionieren: Wir wollen die S-  
37      Bahn in mehrere auszuschreibende Lose aufteilen, die im Wettbewerb an leistungsfähige  
38      Unternehmen vergeben werden. So bleibt Berlin ein erneutes S-Bahn-Desaster durch  
39      Staatsmonopolisten erspart.

## Leitantrag

---

- 1     • Ebenso wollen wir U-Bahn, Straßenbahnen, Buslinien und Fährverbindungen ausschreiben.  
2         Das Ziel dabei ist, bei niedrigen Kosten für den Bürger eine hohe Servicequalität (Frequenzen,  
3         Sauberkeit, Sicherheit) und eine hohe Umweltfreundlichkeit zu erreichen.
- 4     • Wir wollen die Verkehrswege für Fußgänger und Radfahrer sicherer machen.  
5         Unfallschwerpunkte wollen wir konsequent ermitteln und durch bauliche und technische  
6         Maßnahmen entschärfen.
- 7     • Wir wollen das Radfahrrnetz entsprechend den Anforderungen der Nutzer ausbauen.  
8         Radfahrerverbindingen sollen vorzugsweise über Straßen geringer Verkehrsdichte  
9         ausgewiesen werden.
- 10    • Wir wollen den Instandhaltungsstau bei den Straßen durch ein berlinweites  
11         Schlaglochprogramm auflösen. Dabei dürfen Grundstückseigentümer nicht für die  
12         Straßeninstandhaltung per Straßenausbaubeitragsgesetz zur Kasse gebeten werden.
- 13    • Beim Neubau und der Reparatur von Leitplankenanlagen werden wir uns für eine  
14         Ausstattung mit sogenanntem „Unterfahrschutz“ an für Zweiradfahrer gefährlichen  
15         Bereichen wie Kurven und Abbiegungen einsetzen.
- 16    • Wir wollen die einzelnen Verkehrsträger stärker miteinander verknüpfen und werden zum  
17         Beispiel ÖPNV-Car Sharing Projekte anregen. Park & Ride wollen wir durch zusätzliche P&R-  
18         Parkplätze ausbauen und die Anzahl von Fahrradparkplätzen an Bahnhöfen deutlich erhöhen.
- 19    • Darüber hinaus wollen wir Angebote zur intelligenten Optimierung und Verknüpfung des  
20         Wirtschaftsverkehrs schaffen, die helfen, die Transportleistung wirtschaftlicher und  
21         umweltfreundlicher zu erbringen.
- 22    • Die Potenziale alternativer Antriebssysteme, vor allem die der Elektromobilität, wollen wir  
23         nutzen. Dabei legen wir den Schwerpunkt unserer Politik auf die Bedürfnisse der Nutzer.  
24         Deshalb muss eine Verknüpfung mit dem ÖPNV und mit Angeboten für innerstädtischen  
25         Pendlerverkehr erfolgen, die die neuen Angebote im Wettbewerb mit anderen  
26         Verkehrsträgern attraktiv macht. Alternative Antriebssysteme wollen wir auch im  
27         öffentlichen Fuhrpark stärker als bisher nutzen.
- 28    • Wir werden die Initiativen des Landes Berlin zur Herstellung von Barrierefreiheit im  
29         öffentlichen Raum konsequent weiterführen und ausbauen. Dabei legen wir das Augenmerk  
30         nicht nur auf Mobilitätsbehinderte, sondern auch Menschen mit anderen  
31         Beeinträchtigungen, vor allem Seh- und Hörbehinderte.

## 33    **Energiepolitik**

### 34    *Energieversorgung wirtschafts- und umweltfreundlich gestalten*

35    Die Energieversorgung Berlins steht vor einer Neuorientierung, die wir als einmalige Chance zur  
36    Gestaltung der energetischen Zukunft Berlins nutzen wollen. Heute stehen die Entscheidungen für  
37    die nächsten 40 Jahre an. Jetzt wird die Struktur der Kraftwerke und der Wärmeversorgung für Berlin  
38    gestaltet, jetzt stehen die Konzessionsverträge in der Energieversorgung zur Neuverhandlung an. Wir  
39    wollen ein energiewirtschaftliches Konzept entwickeln und umsetzen, das Versorgungssicherheit,  
40    Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit der Energieversorgung erhöht und den Berliner

## Leitantrag

---

1 Unternehmen der Energiewirtschaft und der energetischen Dienstleistungen neue  
2 Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet:

- 3 • Wir wollen, dass in Berlin Energie verstärkt dezentral erzeugt wird. Dies verhindert  
4 Netzverluste, stabilisiert die Netze, ermöglicht die Nutzung des technischen Fortschritts und  
5 führt zu mehr Vielfalt und Wettbewerb.
- 6 • Um Verbrauch und Erzeugung besser abzustimmen, müssen die Netze, durch die Energie  
7 verteilt wird, „intelligent“ werden („Smart grids“). Wir wollen die Einführung der dafür  
8 notwendigen technischen Standards wettbewerbsfreundlich vorantreiben.
- 9 • Ebenso werden wir dazu beitragen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Energie in  
10 größerem Umfang und effizienter gespeichert werden kann.
- 11 • Die CCS-Technologie [engl. Carbon Dioxide Capture and Storage], die das Abtrennen und das  
12 dauerhafte Einlagern von Treibhausgasen ermöglicht, darf nicht verteufelt, sondern muss  
13 weiter erforscht und erprobt werden. Damit werden Berliner Arbeitsplätze in der  
14 Energiewirtschaft erhalten und ein Beitrag zur Energiesicherheit geleistet.
- 15 • Nach dem Auslaufen der geltenden Konzessionsverträge für Fernwärme, Gas und Strom in  
16 den kommenden Jahren wollen wir diese Verträge im Wettbewerb neu vergeben – für einen  
17 maximalen Zeitraum von 15 Jahren. Dabei wollen wir die energiepolitischen Ziele Berlins  
18 absichern.
- 19 • Wir werden sicherstellen, dass ein freier ungehinderter Zugang auch kleiner Strom- und  
20 Wärmeerzeuger zu den Netzen im Wettbewerb gewährleistet wird. Auch im Fernwärmennetz  
21 soll Durchleitung möglich werden. Einen Anschluss- und Benutzungzwang lehnen wir ab.  
22 Statt eines solchen Zwangs soll der Verbraucher nach eigenen Kriterien das für ihn  
23 wirtschaftlichste Angebot auswählen können.
- 24 • Eine eigene kommunale Strom- und Wärmeerzeugung (z.B. durch Gründung eines  
25 „Stadtwerks“) lehnen wir ab. Wir brauchen im Bereich der Energieerzeugung kein  
26 zusätzliches kommunales Angebot, denn in Berlin gibt es bereits über 200 Energieanbieter.  
27 Aufgabe der Politik ist es, dem Bürger durch einen geregelten Wettbewerb eine Auswahl aus  
28 verschiedenen Angeboten zu ermöglichen.
- 29 • In Abstimmung mit dem Energiekonzept der Bundesregierung werden wir auch im Land  
30 Berlin dazu beitragen, den Wärmeenergieverbrauch zu senken. Dazu wollen wir die  
31 energetische Sanierung von Gebäuden dort gezielt anstoßen, wo sie sich wirtschaftlich  
32 rechnet. Dazu brauchen wir jedoch keine finanziellen Zuschüsse des Landes Berlin, sondern  
33 bessere Information, vorbildhafte Sanierung landeseigener Gebäude und ggf. die Gewährung  
34 von Landesbürgschaften.
- 35 • Die hohen energetischen Standards für Neubauten (EnEV 2009) auch direkt auf Altbauten zu  
36 übertragen (wie im sogenannten „Klimaschutzgesetz“ von Rot-Rot vorgesehen), lehnen wir  
37 ab, da dies technisch kaum umsetzbar und extrem unwirtschaftlich wäre. Klimaschutz und  
38 Ressourceneinsparung müssen dort stattfinden, wo sie am wirtschaftlichsten durchführbar  
39 sind.

### 1 **Haushalt und Finanzen**

#### 2 *Solider und zukunfts-fähiger Haushalt – ein Beitrag zur 3 Generationengerechtigkeit*

4 Sparsame Haushaltsführung ist für die FDP ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Die  
5 Handlungsspielräume kommender Generationen dürfen nicht immer weiter eingeschränkt werden.

6 In Berlin sind nur die Hälfte der öffentlichen Ausgaben durch eigene Einnahmen gedeckt. 2,5  
7 Milliarden EUR unserer jährlichen Ausgaben von etwa 21 Milliarden EUR müssen wir nur für  
8 Zinszahlungen aufbringen. Der Schuldenstand von über 63 Milliarden EUR steigt jährlich. Ein „Weiter  
9 so!“ kann und darf es nicht geben. Berlin wird auch in den nächsten Jahren auf Zahlungen des  
10 Bundes und der übrigen Länder angewiesen sein. Daher ist es wichtig, dass Berlin sich auf der  
11 Ausgabenseite zumindest an der Kostenstruktur der übrigen Länder misst. Andernfalls wird die  
12 Solidarität mit unserer Stadt immer weiter abnehmen.

13 Die FDP fordert seit Jahren, alle Ausgaben des Landes und der Bezirke auf den Prüfstand zu stellen.  
14 Das Einhalten der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, die einen ausgeglichenen Haushalt  
15 ab 2020 vorschreibt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen schon in der nächsten  
16 Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und mit dem Abbau von Schulden  
17 beginnen. Wir wissen: Schuldentilgung ist kein Selbstzweck, sondern unbedingte Voraussetzung für  
18 die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Nur so kann das, was wir alle an Berlin schätzen, wie ein gut  
19 ausgebauter ÖPNV-System, eine umfangreiche Kinderbetreuung und soziale Balance auch in Zukunft  
20 bewahrt werden.

- 21     • Eine Sanierung des Berliner Haushalts durch immer neue Erhöhungen von Abgaben und  
22       Steuern lehnt die FDP ab. Die Einnahmen des Landes wollen wir durch kontinuierliches  
23       Wachstum der Berliner Wirtschaft und mehr Beschäftigung steigern. Schon jetzt profitiert  
24       Berlin von dem durch liberale Wirtschaftspolitik begünstigten bundesweiten wirtschaftlichen  
25       Aufschwung. Berlin benötigt dauerhaft höhere Wachstumsquoten, um den Rückstand in der  
26       Wirtschaftskraft wett zu machen.
- 27     • Wir werden die Berliner Verwaltung schlanker machen, unnötige Aufgaben beenden und  
28       Doppelstrukturen abbauen. Den Personalbestand wollen wir auf das Niveau anderer  
29       Stadtstaaten einstellen und damit um circa 10% auf unter 93.000 Vollzeitstellen reduzieren.
- 30     • Sämtliche Ausgaben Berlins sind auf ihre tatsächliche Effizienz hin zu untersuchen; wird der  
31       mit dem Mitteleinsatz beabsichtigte Zweck nicht erreicht, sind die Ausgaben einzustellen,  
32       dies gilt besonders im Bereich der Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung.
- 33     • Zuwendungen an Dritte sind zukünftig nur noch dann auszugeben, wenn für die Vorjahre der  
34       Mitteleinsatz evaluiert und geprüft worden ist.
- 35     • Betrug, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Leistungserschleichung werden wir stärker  
36       und konsequenter bekämpfen. Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein!
- 37     • Wir wollen Vermögen aus Beteiligungen zur Schuldentilgung aktivieren, hierfür sind alle  
38       Landesbeteiligungen kritisch zu hinterfragen.

## Leitantrag

---

- 1     • Wir wollen die ständige Verschwendungen, die der Berliner Landesrechnungshof jedes Jahr neu  
2         und in erheblichem Umfang bemängelt, abstellen.
- 3     • Allein im laufenden Doppelhaushalt 2010/11 hat die Berliner FDP-Fraktion im Detail  
4         nachgewiesen, dass ohne wesentliche Einbußen in der Qualität der Leistungen für die Bürger  
5         jährlich rund 400 Mio. EUR eingespart werden können.
- 6     • Wir werden durch eine Einkaufsstelle des Landes die Beschaffungen bündeln, professionell  
7         ausschreiben, die Einkaufsabläufe und das Lieferantenmanagement verbessern und so 10%  
8         der Einkaufskosten von derzeit 5 Mrd. Euro sparen.
- 9     • Wir schaffen die teuren und ideologisch geprägten Beschäftigungsprogramme ab. Allein beim  
10         sogenannten öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) lassen sich so über 60  
11         Millionen Euro an Landesmitteln jährlich sparen.
- 12     • Darüber hinaus wollen wir rot-rote Symbol-Projekte, bei denen zwar EU- oder Bundesmittel  
13         fließen, aber zusätzlich Landesmittel zugeschossen werden müssen, auf ihren Nutzen  
14         prüfen. Hierbei sind Einsparungen an Landesmitteln im zweistelligen Millionenbereich  
15         möglich.
- 16     • Das Forderungsmanagement ist in Berlin zu verbessern. Forderungen im dreistelligen  
17         Millionenbereich wollen wir durch eine zentrale Forderungsstelle und die Einbeziehung der  
18         Erfahrungen externer Dienstleister für Berlin sichern.
- 19     • Weitere konkrete Einsparungen ergeben sich u.a. durch Streichung der Sonderförderung des  
20         rot-roten Einheitsschulmodells und der Einstein-Stiftung, die ihren Stiftungszweck nicht  
21         erfüllt hat, sowie durch Übertragung von Logistik und Fahrdiensten auf private  
22         Unternehmen.
- 23

### 1   **Öffentlicher Dienst, Personalentwicklung und Bezahlung**

#### 2   *Schlank, leistungsfähig, hochmotiviert*

3   Wir wollen, dass die Berliner sich auf eine schnelle und gute Berliner Verwaltung verlassen können.

4   Daher bekennen wir uns zu einem schlanken, leistungsfähigen, hoch motivierten und gut bezahlten  
5   öffentlichen Dienst. Nur so können wir den öffentlichen Dienst leistungsfähig machen, ohne die  
6   Landeskasse und damit den Steuerzahler und kommende Generationen unnötig zu belasten.

- 7         • Wir wollen den Personalbedarf der Landesverwaltung durch eine bessere technische  
8             Ausstattung, Bürokratieabbau, Ablaufoptimierung und vor allem die Verkleinerung des  
9             Aufgabenkatalogs auf hoheitliche Kernaufgaben auf unter 93.000 Vollzeit-Stellen senken.  
10          Begleitend werden wir den Personalbestand anpassen.
- 11         • Statt der bisherigen Mangelverwaltung und dem „Sparen mit dem Rasenmäher“ der letzten  
12             Jahrzehnte werden wir den Beschäftigten des Landes damit eine klare Zukunftsperspektive  
13             mit leistungsgerechter Bezahlung bieten können.
- 14         • Wir werden die Bezahlung der Beschäftigten schrittweise wieder an den Bundesdurchschnitt  
15             heranführen, damit wir im Wettbewerb um die besten Köpfe mit den Bundesbehörden und  
16             den anderen Bundesländern bestehen. Auf diese Weise werden wir auch das Entgelt für  
17             Berliner Lehrerinnen und Lehrer attraktiv gestalten können, ohne zur Verbeamung mit all  
18             ihren hohen zukünftigen Versorgungslasten zurückzukehren.
- 19         • Wir wollen, dass Leistung sich auch in der Berliner Verwaltung lohnt. Darum wollen wir  
20             Leistungsträgern in Zukunft Leistungsprämien zahlen.

### 1 **Verwaltungsreform**

#### 2 *Bürgerfreundlich, Unternehmerfreundlich und effizient*

3 Nur mit einer grundlegenden Reform seiner Verwaltung wird sich Berlin dynamisch als Kern einer  
4 zukunftsähigen Metropolregion entwickeln können. Verwaltung ist ausschließlich für das Wohl der  
5 Bürger und Unternehmen da. Um dies zu erkennen, bedarf es eines grundlegenden  
6 Mentalitätswechsels in der Verwaltung hin zu einer Dienstleistungsorientierung.

- 7     • Wir wollen dem einzelnen Verwaltungsmitarbeiter dafür größere persönliche  
8         Verantwortungsbereiche übertragen und leistungsbezogene Anreize für ein  
9         bürgerfreundliches Handeln setzen. Dabei soll auch der Grundsatz „Keine Verantwortung  
10        ohne ausreichende Kompetenz und Budgethoheit“ gelten.
- 11     • Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen schnell qualitativ hochwertige und  
12         serviceorientierte Dienstleistungen erhalten. Die Verwaltung muss sich künftig in erster Linie  
13        an ihrer Wirkung als Dienstleister messen lassen (Outputorientierung).
- 14     • Zuvor steht die Aufgabekritik. Was gar nicht gemacht werden muss, muss auch nicht  
15         organisiert werden. Wir wollen deshalb alle Verwaltungsaufgaben kritisch auf eine mögliche  
16         Streichung überprüfen und ein von vornherein festgelegtes Verfallsdatum für Gesetze und  
17         Verordnungen einführen.
- 18     • Verwaltungsverfahren werden wir weitgehend beschleunigen und vereinfachen. Durch ein  
19         Wirksamkeitscontrolling werden wir die Ergebnisse der Verwaltung und der Nutzen der dafür  
20         erforderlichen Ausgaben regelmäßig nach vorgegebenen Kriterien messen und bewerten.
- 21     • Wir werden möglichst viele Genehmigungsverfahren in Anzeigerfahren umwandeln.  
22         Ausnahmen, also die Beibehaltung der Genehmigungspflicht, bedürfen einer Begründung.  
23         Für alle Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren ist eine Genehmigungsfiktion  
24         einzuführen. Wenn innerhalb einer festgesetzten Frist kein Bescheid erfolgt, gilt die  
25         Genehmigung automatisch als erteilt.
- 26     • Wir wollen, dass Bürger und Unternehmen sich für alle Anliegen an eine einzige Anlaufstelle  
27         wenden können. Der Bürger braucht nicht zu wissen, welche Verwaltung im Hintergrund die  
28         Arbeit leistet. Für die Anlaufstellen wollen wir viele Wege eröffnen: Bürgerämter, zentrale  
29         Einwahlnummern (zum Beispiel „115“) und vor allem auch das Internet.
- 30     • Berlin soll zum Vorreiter für elektronische Angebote der Verwaltung (eGovernment) werden.  
31         Möglichst viele Anliegen sollen Bürger auch über das Internet erledigen können.
- 32     • Wir wollen einheitliche Standards für die Informations- und Kommunikationstechnik des  
33         Landes und der Bezirke einführen. Die zersplitterte IT-Landschaft in Berlin ist ineffizient und  
34         teuer.
- 35     • Über die einheitliche Vorgabe offener Standards für Kommunikationsschnittstellen der  
36         Berliner Verwaltung (zwischen Behörden sowie zu Bürgern und Unternehmen) wollen wir  
37         gleichzeitig die Effizienz der Kommunikation erhöhen und den Wettbewerb verschiedener  
38         Lösungen fördern. Dies stärkt Innovationen und vermeidet Abhängigkeiten von einzelnen  
39         Anbietern.

## Leitantrag

---

- 1     • Die Verschränkung und Doppelung von Aufgaben macht die Berliner Verwaltung schwerfällig  
2     und bürokratisch. Unser Ziel ist die einstufige Verwaltung, d.h. die abschließende Erbringung  
3     von Leistung entweder auf Landes- oder Bezirksebene. Die Kompetenzabgrenzung zwischen  
4     Land und Bezirken ist dafür eindeutig zu lösen. Klare Zuständigkeits- und  
5     Verantwortungsabgrenzungen müssen auch zwischen einzelnen Senatsverwaltungen  
6     geschaffen werden.
- 7     • Themen, die eindeutig gesamtstädtischen Charakter haben sind in einem Aufgabenkatalog  
8     aufzulisten und in gesamtstädtischer Zuständigkeit zu konzentrieren. Dazu gehören zum  
9     Beispiel großflächige Planungen, übergreifende Verkehrsstruktur und Wirtschaftsförderung.  
10    Darüber hinaus gehende fachliche Eingriffsrechte der Senatsverwaltungen und ad-hoc-  
11    Koordinationsgremien wie das „Forum City West“ wollen wir auflösen. Auch den Rat der  
12    Bürgermeister, der sich zu einem landespolitischen Entscheidungs- oder vielmehr  
13    Verhinderungsgremium verselbstständigt hat, wollen wir abschaffen.
- 14    • Die Bezirke sollen durch das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlungen für die  
15    ihnen zugewiesenen Aufgaben abschließende Entscheidungen treffen können. Auf diese  
16    Weise werden auch deutlich mehr bezirkliche Bürgerentscheide verbindlich als bisher, da  
17    sich diese nur auf Entscheidungskompetenzen der Bezirke beziehen können.
- 18    • Wir fordern weiterhin das Politische Bezirksamt. Nur so können Verantwortlichkeiten  
19    transparent zugeordnet, die Bezirksverordnetenversammlungen gegenüber den  
20    Bezirksamtern gestärkt und der Wählerwillen durch Bildung politischer Mehrheiten in  
21    politisches Handeln umgesetzt werden.
- 22    • Tätigkeiten, die nicht der politischen Steuerung, sondern der bloßen Durchführung von  
23    Aufgaben dienen (z.B. Immobilienverwaltung, Grünflächenpflege, IT-Betrieb), wollen wir zur  
24    Erhöhung der Effizienz über mehrere Bezirke bündeln. Die Bezirke sollen diese Aufgaben  
25    eigenverantwortlich an private Betreiber, eine Landesgesellschaft oder eine von mehreren  
26    Bezirken betriebene Gesellschaft vergeben können.

### 1    **Inneres und Sicherheit**

#### 2    *Sicherheit und Freiheit in Balance*

3    Die Achtung der Werte unserer Verfassung, der Schutz der grundgesetzlich garantierten  
4    Freiheitsrechte, die Bewahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind die Basis  
5    einer freien und friedlichen Gesellschaft. Die Innenpolitik hat daher eine zentrale Bedeutung für die  
6    Bürgerrechtspartei FDP. Aufgabe des Staates ist es, die Menschen davor zu schützen, dass ihre  
7    Rechte verletzt werden.

8    Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen, die sich an Recht und Gesetz halten, keine  
9    Privatsphäre mehr haben, weil der Staat jedem mit Misstrauen begegnet. Im Gegenteil: Jeder, der  
10   sich nichts zu Schulden kommen lässt, hat Anspruch darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden.

11   Darum wollen wir Sicherheitsgesetze, die einen effektiven Schutz vor Verbrechen bieten. Allerdings  
12   darf der Sicherheitsgedanke nicht so weit führen, dass die Grundrechte aller von vornherein oder auf  
13   Vorrat eingeschränkt werden und Eingriffe sich nicht mehr an der Abwehr konkreter Gefahren  
14   orientieren. Jede Regelung muss das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem potentiellen Gewinn an  
15   Sicherheit und dem damit einhergehenden Verlust an Freiheit sein. Absolute Sicherheit kann es in  
16   einem freiheitlichen Staat nicht geben. Ein Staat, der auf die Freiheit setzt, kann nicht mit Mitteln  
17   eines Überwachungsstaats agieren, ohne dabei genau das aufzugeben, das er verteidigen möchte:  
18   die Grundrechte und die Freiheit der Menschen. Für Liberale gilt bei der Abwägung zwischen  
19   Sicherheit und Freiheit: Im Zweifel für die Freiheit!

### 20    **Extremismus**

21   Die FDP verurteilt jede Art von Extremismus und ideologische Intoleranz, egal, ob von „links“,  
22   „rechts“ oder aus „religiösen“ Gründen. Kein Extremist darf einem Bürger diktieren, in welchem  
23   Bezirk er wohnen, Eigentum erwerben oder welche Automarke er fahren darf.

- 24     • Linksextremistische Tendenzen wollen wir daher ebenso wie beim Rechts- und religiösem  
25       Extremismus frühzeitig gesellschaftlich bekämpfen.
- 26     • Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, Kfz-Brandstiftungen und andere extremistische  
27       Delikte verstärkt zu verfolgen. Wir werden die Beweissicherung auch bei Gewalttaten  
28       anlässlich von Großlagen wie zum Beispiel dem 1. Mai sicherstellen.
- 29     • Mit der Aufklärung über die Gefahren des Extremismus wollen wir schon bei Kindern und  
30       Jugendlichen ansetzen. Diese Inhalte müssen daher früh Gegenstand der schulischen Bildung  
31       werden.

### 32    **Polizei**

33   Berlin braucht eine moderne bürgerliche Großstadtpolizei. Die Polizei muss mehr Präsenz auf der  
34   Straße zeigen können, um wieder anerkannter Ansprechpartner für die Bürger („Freund und Helfer“)  
35   zu werden.

## Leitantrag

---

- 1     • Wir werden die Polizei durch Anhebung des Personalbestands um 300 auf 16.160  
2         Polizeivollzugsbeamte und durch moderne Einsatzausstattung in die Lage versetzen, ihre  
3         Präventionsanstrengungen zu verstärken.
- 4     • Das staatliche Gewaltmonopol muss von allen Gesellschaftsgruppen anerkannt und  
5         respektiert werden. Parallelgesellschaften mit eigener Gewaltausübung werden wir nicht  
6         tolerieren.
- 7     • Orte unverhüllter Kriminalität darf es nicht länger geben. Wir werden solche Orte zu  
8         Schwerpunkten des polizeilichen Handelns machen.
- 9     • Wir werden die Polizei von den nicht zwingend hoheitlichen Aufgaben befreien, z.B. von der  
10         Aufnahme von Bagatellunfällen und unnötiger Bürokratie.
- 11     • Wir wollen, dass die Bürger mit dem Kontaktbereichsbeamten wieder flächendeckend nicht  
12         nur auf dem Papier, sondern tatsächlich einen polizeilichen Ansprechpartner erhalten.

### Feuerwehr und Rettungsdienste

Wir werden gewährleisten, dass die Berliner Rettungsdienste künftig die vorgegebenen Eintreffzeiten bei der Lebensrettung in allen Berliner Bezirken einhalten.

- 16     • Echte Notfälle müssen gegenüber Bagatellen vorrangig behandelt werden. Dazu werden wir  
17         die Notrufbearbeitung priorisieren und optimieren, um dem anwachsenden Bedarf im  
18         Bereich der Notfallrettung gerecht zu werden.
- 19     • Krankentransportaufgaben und Rettungsdienste mit niedriger Priorität werden wir verstärkt  
20         durch Private erledigen lassen, um die Versicherten finanziell zu entlasten und das  
21         Leistungsniveau bei wichtigen Notfällen zu steigern.

### Bürgerrechte

Bürgerrechte und deren Wahrung sind zentraler Teil liberaler Politik. Die Freiheit des Einzelnen hat grundsätzlich Vorrang gegenüber staatlicher Regulierung. Politische Zielvorstellungen werden wir nicht durch Verbote ohne Nachweis einer Geeignetheit der Maßnahme durchsetzen, sondern durch intelligente Rahmensetzungen und Anreizmechanismen, die dem mündigen Bürger Spielraum für eigenverantwortliche Entscheidungen einräumen.

- 28     • Wir stellen uns gegen eine Politik, die Problemlösungen schnell in Verboten und schärferen  
29         Gesetzen erblickt. Eingriffe in Grundrechte kommen für uns nur dann in Betracht, wenn die  
30         Eignung einer Maßnahme tatsächlich erwiesen ist und auf wirksame mildere Mittel nicht  
31         ernsthaft zurückgegriffen werden kann.
- 32     • Wir wollen, dass jeder unbescholtene Bürger sich unbeobachtet im öffentlichen Raum  
33         bewegen kann. Eine diesbezügliche verdachts- und anlassunabhängige Überwachung lehnen  
34         wir daher ab. Videoaufnahmen im öffentlichen Raum dürfen daher nur bei konkretem  
35         Verdacht einer Straftat dauerhaft gespeichert werden, zum Beispiel über einen Notfallknopf,  
36         der nur die relevanten Aufnahmen der letzten Stunden sichert (Quick-Freeze-Verfahren).  
37         Eine Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab.
- 38     • Liberale Politik tritt für den Grundrechtsschutz ein. Erhebliche Eingriffe dürfen nur nach  
39         vorheriger Zustimmung durch einen Richter erfolgen. Eilmäßignahmen müssen die Ausnahme  
40         bleiben.

## Leitantrag

---

- 1     • Der Richtervorbehalt darf nicht durch die Annahme von Gefahr im Verzug de facto umgangen  
2       werden. Wir setzen uns gegen eine Lockerung des Richtervorbehalts ein und wollen die  
3       praktische Einhaltung des Richtervorbehalts ebenso wie die tatsächliche Durchführung einer  
4       richterlichen Prüfung durch eine rechtswissenschaftliche Forschungseinrichtung untersuchen  
5       lassen.

### 6 **Datenschutz**

7 Ein wirksamer Datenschutz ist Voraussetzung für die Wahrung des Rechts auf informationelle  
8 Selbstbestimmung der Bürger. Dabei ist der Grundsatz der „Datensparsamkeit“ oberstes Gebot:  
9 Daten, die gar nicht erst erhoben werden, können auch nicht missbraucht werden.

- 10     • Für den Bürger muss erkennbar sein, welche Daten erhoben und wie diese genutzt und ggf.  
11       verbreitet werden. Daher wollen wir die Auskunftsansprüche zu gespeicherten eigenen  
12       Daten stärken, vor allem über das Internet. Die Auskunft soll grundsätzlich kostenlos  
13       erfolgen.
- 14     • In öffentlichen Stellen müssen Zugriffsrechte auf gespeicherte Daten auf die für die jeweilige  
15       Aufgabe notwendige Datenmenge beschränkt werden. Um das zu gewährleisten, ist der  
16       Berliner Beauftragte für Datenschutz frühzeitiger in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen,  
17       was wir gesetzlich absichern werden.
- 18     • Medienkompetenz wollen wir bereits in der Schule vermitteln, so dass Kinder und  
19       Jugendliche mögliche Konsequenzen freiwillig verbreiteter Daten selbst einschätzen können.
- 20     • Ebenso lehnen wir das systematische automatisierte Erfassen von Fahrzeugkennzeichen ab,  
21       da dadurch ein Generalverdacht gegenüber allen Verkehrsteilnehmern zum Ausdruck  
22       gebracht wird.
- 23     • Dem missbräuchlichen Erheben, Nutzen oder Verbreiten von Daten werden wir durch  
24       wirksame Sanktionen entgegentreten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch bei einer  
25       erlittenen immateriellen Schädigung ein zivilrechtlicher Mindestschadensersatzanspruch  
26       geltend gemacht werden kann.
- 27     • Die informationelle Selbstbestimmung über Daten im Melderegister werden wir neu regeln  
28       und dem Bürger wesentlich weitergehende Abwehrrechte einräumen. Jeder soll einer  
29       Herausgabe seiner Daten an Dritte widersprechen können, sofern diese kein berechtigtes  
30       Interesse geltend machen. Eine Orientierung an kommerziellen Interessen lehnen wir ab.

### 31 **Filz- und Korruptionsbekämpfung**

32 Korruption und Filz in der Berliner Politik und Verwaltung werden wir einen Riegel vorschieben.

- 33     • Die in Berlin leider immer noch übliche Versorgung ehemaliger politischer  
34       Entscheidungsträger als teuer bezahlte Geschäftsführer von Landesunternehmen werden wir  
35       durch Privatisierung dieser Betriebe unterbinden.
- 36     • Die Günstlingswirtschaft in Landesbetrieben bei der Auftragsvergabe an politisch gewogene  
37       Auftragnehmer (wie zum Beispiel im Howoge-Skandal der SPD) werden wir abstellen.
- 38     • Landesunternehmen und Verwaltung müssen Auftragsvergaben nach wirtschaftlichen  
39       Kriterien vornehmen, nicht nach Parteibuch. Indem wir diese Filz-Wirtschaft zu Gunsten

1 weniger Genossen beenden, können wir alle Steuerzahler entlasten und fairen Wettbewerb  
2 sicherstellen.

### 3 **Direkte Demokratie und Wahlrecht**

4 Wir setzen uns dafür ein, dass die direkte Teilhabe der Bürger an wichtigen Entscheidungen für  
5 unsere Stadt gestärkt wird. Wir wollen deshalb die direkte Demokratie weiter ausbauen.

- 6 • die Bürger sollen bei wichtigen großen Vorhaben berlinweiter Bedeutung (v.a  
7 Infrastrukturvorhaben) frühzeitig ausführlich über Alternativen informiert und ihnen  
8 Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion gegeben werden. Dadurch wird die Legitimation von  
9 Entscheidungen erhöht und die Verfahren werden verkürzt.
- 10 • Abstimmungstermine von Volks- und Bürgerentscheiden müssen nach dem Interesse der  
11 Bürger und nicht nach Gutdünken des Senats bestimmt werden. Sie sollen auf maximal drei  
12 im Voraus definierte Abstimmungstermine pro Jahr konzentriert und möglichst mit  
13 Wahlterminen verbunden werden.
- 14 • Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Bürgerentscheide in den Bezirken in  
15 Zukunft verbindlich sind. Derzeit haben die meisten Bürgerentscheide nur empfehlenden  
16 Charakter.
- 17 • Das Wahlrecht ist ein Bürgerrecht. Wir werden den Wählern beim Wahlvorgang mehr  
18 Einfluss auf die Listenreihenfolge der Kandidaten einräumen und ihnen ermöglichen, mit  
19 ihrer Stimme nicht nur Parteien, sondern auch einzelne Bewerber auszuwählen und so die  
20 Parteilisten zu verändern. Wir bleiben die einzige Partei in Berlin, die sowohl auf Bezirks- als  
21 auch auf Landesebene das so genannte „Kumulieren“ (Gewichtung von Kandidaten) und  
22 „Panaschieren“ (Aufteilung der Stimmen auf mehrere Parteien) einführen will.

### 23 **Justiz**

#### 24 *Rechtsstaat verteidigen, schnell und wirksam intervenieren*

25 Die Gewährleistung des mit unserer demokratischen Ordnung untrennbar verbundenen  
26 freiheitlichen Rechtsstaats steht im Mittelpunkt unserer Rechtspolitik. Grundlegende Voraussetzung  
27 ist eine funktionierende Justiz mit qualifiziertem Personal, die schnellen und effektiven Rechtsschutz  
28 gewährleistet. Bei der Strafverfolgung werden wir uns dafür stark machen, dass gezielte Eingriffe  
29 Vorrang haben vor flächendeckenden Maßnahmen, die viele Unbeteiligte in ihren Grundrechten  
30 belasten.

### 31 **Gerichte/Staatsanwaltschaft**

32 Wir wollen den Rechtsstandort Berlin stärken. Daher werden wir die organisatorischen und  
33 personellen Rahmenbedingungen verbessern, um zukünftig mehr Streitigkeiten mit fliegendem  
34 Gerichtsstand und hohen Streitwerten (z. B. im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes) nach Berlin  
35 zu holen.

- 36 • Um effektiven Rechtsschutz zu gewähren, müssen die Verfahrensdauern auf ein erträgliches  
37 Maß verringert werden. Wir werden daher unbesetzte Stellen bei der Staatsanwaltschaft  
38 nicht mehr akzeptieren und die Gerichte mit einer ausreichenden Anzahl an Richterstellen

## Leitantrag

---

ausstatten. Überdies werden wir uns dafür einsetzen, dass nicht ausgelasteten Richtern für einen Zeitabschnitt ein zusätzliches Teilzeitrichteramt an anderen stark ausgelasteten Gerichten übertragen werden kann.

- Die Modernisierung der Justiz wollen wir fortführen. Hierzu gehört die elektronische Aktenführung ebenso wie ein besserer Onlineauftritt, ein vereinfachter elektronischer Rechtsverkehr für Bürger und Anwaltschaft, eine verbesserte Erreichbarkeit von Richtern für Verfahrensbeteiligte sowie eine verbesserte Arbeitsorganisation zwischen Richtern, Staatsanwälten und ihren Geschäftsstellen.
- Bei neuen EDV-Systemen werden wir auf länderübergreifende Lösungen setzen, um Risiken und Kosten zu minimieren und möglichst hohe Kompatibilität zu erreichen.
- Mittels juristischer Schulung und Fortbildung der Jobcentermitarbeiter werden wir dazu beitragen, die Fehlerquote der ALG-II-Bescheide verringern, die das Berliner Sozialgericht stark belasten.

### 14 Kinder- und Jugendkriminalität

Viele Ersttaten werden bereits im kindlichen Alter begangen. Nur durch eine frühzeitige und entschiedene Intervention können für das Kind negative Tendenzen festgestellt und durch ein familienunterstützendes Eingreifen frühzeitig gestoppt werden. So können wir „kriminelle Karrieren“ schon im Keim beenden.

- Wir werden dafür sorgen, dass jugendliche Ersttäter innerhalb eines Monats – zusammen mit den Erziehungsberechtigten – bei der Staatsanwaltschaft vorgeladen werden. Ziel dieses Termins ist, dem Jugendlichen staatlicherseits eine „gelbe Karte“ zu zeigen und ihm das Unrecht der Tat sowie die möglichen Konsequenzen drastisch vor Augen zu führen. Bei einem kooperativen Verhalten und Erfüllen der Auflagen (z. B. einer gemeinnützigen Arbeit) soll von der Anklageerhebung Abstand genommen werden. Zeigt der Betroffene keine Einsicht oder verweigert er sich erzieherischen Maßnahmen, soll sofort Anklage zum Jugendrichter erhoben werden.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein „Warnschuss“-Arrest, ein kurzer Arrest neben einer Jugendstrafe zur Bewährung, eingeführt wird. Damit wird ein flexibles Instrument unterhalb der längerfristigen Haft zur Verfügung stehen, das in geeigneten Fällen dem Jugendlichen die Konsequenzen einer Haftstrafe aufzeigt, ohne ihn tatsächlich längerfristig aus dem Alltag herauszulösen.
- Wir treten für die konsequente Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende (18- bis 21jährige) als Regelfall ein, die momentan eher die Ausnahme darstellt.
- Wir werden ein datenschutzgerechtes Frühwarnsystem für auffällige Kinder und Jugendliche unter Mitwirkung von Schulen, Jugendämtern, Polizei, Justiz und weiteren betroffenen Einrichtungen aufbauen. Dies soll es vor allem dem zuständigen Jugendamt ermöglichen, problematisches Verhalten von Kindern und Jugendlichen schnell zu erkennen und frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
- Wir werden die von Jugendämtern, Strafverfolgungsorganen und Gerichten beauftragten und von verschiedenen Trägern durchgeführten Maßnahmen nach dem Kinder- und

## Leitantrag

---

- 1 Jugendhilferecht sowie dem Jugendgerichtsgesetz (z. B. soziale Trainingskurse, Anti-Gewalt-  
2 Kurse, etc.) evaluieren lassen. Künftig müssen für jede Maßnahme deren Wirksamkeit und  
3 die Nachhaltigkeit des erzielten Erfolges in jedem Einzelfall erfasst und nachgewiesen  
4 werden. Projekte und Maßnahmen, die keinen entsprechenden Nachweis erbringen können,  
5 werden wir beenden und nicht mehr weiter finanzieren.
- 6 • Um Defizite im System des Kinder- und Jugendhilfeschutzes zu erkennen und steuernde  
7 Maßnahmen ergreifen zu können, werden wir zukünftig statistisch erfassen lassen, welche  
8 Interventionsmaßnahmen (z. B. Gebote, Verbote, Entziehung des Sorgerecht, Unterbringung  
9 in einer geschlossenen Einrichtung der Jugendhilfe) von Jugendämtern und  
10 Familiengerichten angeregt, beantragt und angeordnet worden sind. Gegenwärtig weigern  
11 sich Senat und rot-rote Koalition, die notwendigen Zahlen zu erheben.
  - 12 • Eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 Jahren halten wir derzeit nicht für  
13 erforderlich, da bereits heute im Kinder- und Jugendhilferecht ein breites Spektrum an  
14 Maßnahmen zur Verfügung steht, um auf Kinderkriminalität zu reagieren. Wir werden aber  
15 die Jugendämter dazu anhalten, von den bestehenden Möglichkeiten endlich konsequent  
16 Gebrauch zu machen.
  - 17 • Wir wollen unter anderem auch geschlossene Einrichtungen vorhalten, in denen kriminelle  
18 Kinder in besonders schwerwiegenden Einzelfällen untergebracht werden können, um eine  
19 Gefährdung der Allgemeinheit oder eine Beeinträchtigung des Sozialisierungsprozesses  
20 auszuschließen.
  - 21 • Wir streben an, die Verfahrenszeiten für jugendlichen Straftäter weiter zu verkürzen und  
22 endlich zu erreichen, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt. Darum werden wir die Anzahl  
23 der Jugendrichter beibehalten, selbst wenn aufgrund des erhöhten Verfolgungsdrucks im  
24 Bereich der Jugendkriminalität die gerichtlichen Eingangszahlen zurückgehen sollten.

## 25 **Strafvollzug**

26 Nur ein verfassungsgemäßer und menschenwürdiger Strafvollzug gewährleistet eine wirksame  
27 Resozialisierung von Straftätern.

- 28 • Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Entweichung von Straftätern werden wir in den  
29 einzelnen Justizvollzugsanstalten diejenigen Bereiche identifizieren, in denen eine personelle  
30 Unterausstattung besteht. Diese Bereiche wollen wir mit der notwendigen Anzahl an  
31 Mitarbeitern ausstatten.
- 32 • Wir werden die Berliner Justizvollzugsanstalten mit Drogenspürhunden ausstatten, um den  
33 Drogenschmuggel zu verringern und das Aufspüren von Drogen innerhalb der Anstalten und  
34 der Haftzellen zu erleichtern.
- 35 • Für möglichst viele ausländische Strafgefangene, die nach der Strafverbüßung ohnehin nicht  
36 in Deutschland bleiben, wollen wir eine Strafverbüßung im Heimatland erreichen.
- 37 • Die menschenunwürdigen Umstände, unter denen immer noch einzelne Gefangene in  
38 Berliner Gefängnissen untergebracht sind, werden wir unverzüglich beenden. Dabei setzen  
39 wir für einen Übergangszeitraum auf die Bildung von Vollzugsgemeinschaften mit anderen  
40 Bundesländern.

## Leitantrag

---

- 1     • Berliner Gefängnisse werden wir mit Handystörsendern ausstatten, um ungeprüfte Kontakte  
2         und Verabredungen mit Außenstehenden zu unterbinden.
- 3     • In der neuen Justizvollzugsanstalt Heidering bei Großbeeren werden wir möglichst viele  
4         Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllen lassen. Hoheitliche Kernaufgaben im  
5         Strafvollzug werden allerdings auch weiterhin nur durch Vollzugsbeamte erfüllt werden.

### 6     Opferschutz

7     Im Strafprozess darf nicht nur der Täter im Mittelpunkt stehen, auch sein Opfer muss  
8     Aufmerksamkeit erfahren.

- 9     • Wir wollen die stärkere Anwendung des sogenannten Adhäsionsverfahrens, der Verbindung  
10         von Straf- und Zivilprozess, durch Fortbildung der Richter und Staatsanwälte fordern. So kann  
11         dem Opfer schon im Strafprozess ein Schadensersatzanspruch zuerkannt werden – ohne ein  
12         weiteres langwieriges Verfahren vor den Zivilgerichten.
- 13     • Wir fordern die Einrichtung von Anlaufstellen für Opfer linker Gewalt, wie dies bislang nur für  
14         Opfer von rechter Gewalt der Fall ist.
- 15     • Auch Opfern, die als Zeugen von Verbrechen traumatisiert werden, muss staatliche  
16         Betreuung zuteilwerden.

### 1 Umweltpolitik

2 Ziel unserer Umweltpolitik ist es, die Lebensqualität in Berlin zu erhöhen und die Natur zu schützen.  
3 Um unsere Umweltziele zu erreichen, werden wir uns auf die wirksamsten und wirtschaftlichsten  
4 Maßnahmen konzentrieren. Kurzfristigen Aktionismus und Maßnahmen, deren Wirksamkeit nicht  
5 belegt ist, lehnen wir ab.

- 6     • Es ist erforderlich, dass wir Berlin auf die möglichen Folgen des Klimawandels vorbereiten.  
7        Wir werden daher Klimaschneisen planerisch sichern, so dass eine Durchlüftung der Stadt  
8        hinreichend gewährleistet ist. Das gilt besonders für die künftige Nutzung des Geländes des  
9        ehemaligen Flughafens Tempelhof und des Flughafens Tegel. Bei der Stadtentwicklungs-  
10      planung werden wir Bauformen befördern, die für künftige klimatische Bedingungen  
11      besonders geeignet sind.
- 12     • Das Grün in der Stadt wollen wir weiter ausbauen, grüne Nischen in der Stadt sichern sowie  
13        den Straßenbaumbestand erhalten.
- 14     • Zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung wollen wir Büsche in den Straßen pflanzen, die den  
15        Feinstaub binden. Dies ist weit sinnvoller als die wirkungslose so genannte „Umweltzone“.
- 16     • Wir wollen die Vielfalt der in Berlin beheimateten Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität)  
17        sichern und dazu bestehende Lebensräume von Artengemeinschaften erhalten, stabilisieren  
18        und vernetzen. Dazu wollen wir auch den in Berlin bestehenden Biotopverbund abrunden  
19        und sichern.
- 20     • Wir wollen im Natur- und Artenschutz das gemeinsame kreative Potenzial von  
21        Naturschützern und Naturnutzern aktivieren, um wirksame und effiziente Lösungen zu  
22        finden.
- 23     • Unser Ziel ist, das Baden in der Spree für die Berlinerinnen und Berliner wieder zu  
24        ermöglichen. Wir wollen (im Gegensatz zum rot-roten Senat) die Vorgaben der europäischen  
25        Wasserrahmenrichtlinie zügig umsetzen. Wir wollen in allen Berliner Klärwerken die  
26        zusätzliche vierte Klärstufe errichten und ungeklärte Direkteinleitungen in die Gewässer in  
27        Zukunft möglichst unterbinden. Die Trennung von Regen- und Schmutzwasser in der  
28        Kanalisation wollen wir weiter vorantreiben und die notwendigen Rückhaltesysteme für  
29        Regenwasser schaffen, um Einleitungen von Abwasser bei starkem Regen zu verhindern.
- 30     • Das Grundwasserentnahmegelt wollen wir abschaffen, da es Wasser verteuert,  
31        wirtschaftsfeindlich und umweltpolitisch wirkungslos ist.
- 32     • Die Abfallentsorgung muss hohen ökologischen Ansprüchen genügen, gleichzeitig aber  
33        bezahlbar bleiben. Wertstofftonne und Biotonne sind im Wettbewerb auszuschreiben. Die  
34        Entsorgungswege für Abfälle müssen auf einen hohen Anteil stofflicher Verwertung  
35        ausgerichtet sein.
- 36     • Die Sauberkeit der Stadt wollen wir fördern, indem wir die Straßenreinigung effektiver  
37        machen.
- 38     • Wir wollen in allen Bezirken Naturschutz, Grünflächenplanung und Grünflächenpflege in  
39        einem Amt zusammenführen.

### 1    **Gesundheit**

2    Gesundheitsdienstleistungen und die Gesundheitswirtschaft haben eine zentrale Bedeutung für  
3    Berlin, die in Zukunft noch wachsen wird.

### 4    **Krankenhäuser und Universitätsmedizin**

5    Zu Recht erwarten die Berliner eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserer Stadt.  
6    Wir wollen weniger politische Einflussnahme und Detailsteuerung, damit selbstoptimierende  
7    wirtschaftliche Prozesse greifen können, damit sich das Angebot und die Qualität von  
8    Gesundheitsleistungen in unserer Stadt stetig verbessert.

- 9       • Wir wollen, dass mehr Personal für Leistungen am Patienten zur Verfügung steht. Darum  
10      werden wir darauf hinwirken, dass gerade in Zeiten knapper Ressourcen die Organisation der  
11      Berliner Krankenhauslandschaft verbessert wird, um die verfügbaren Ressourcen besser zu  
12      bündeln.
- 13       • Wichtiger als die Zahl der Betten ist eine leistungsorientierte und transparente  
14      Investitionsförderung, damit der Patient in einem Berliner Krankenhausbett gut versorgt und  
15      die Vor- und Nachbehandlung gut organisiert ist. Daher wollen wir lieber geringere  
16      Bettenzahlen, wenn wir gleichzeitig die teilstationäre und ambulante Versorgung verbessern  
17      und sie besser mit dem stationären Sektor koordinieren.
- 18       • Stundenlange Wartezeiten in den Rettungsstellen werden wir abstellen. Dazu werden wir  
19      nicht nur Mindeststandards für Wartezeiten und einen Personalschlüssel nach Maßgabe des  
20      Patientenaufkommens vorsehen.
- 21       • Wir wollen ein Ende der Planungswillkür und der Undurchsichtigkeit der  
22      Investitionszuschüsse in der Krankenhausplanung. Dazu werden wir eine zentrale  
23      Senatszuständigkeit für den Krankenhausbetrieb aller Berliner Krankenhäuser schaffen.
- 24       • Wir wollen die Universitätsmedizin und die Grund- und Regelversorgung entflechten. Den  
25      Krankenhausbetrieb der Charité werden wir dazu auf den Standort Steglitz konzentrieren  
26      und dort einen Neubau mit einem angegliederten Life-Science-Campus der  
27      Gesundheitswirtschaft und -wissenschaft errichten.
- 28       • Die universitären Aktivitäten der Charité werden wir in eine Medizinische Hochschule in  
29      öffentlicher Trägerschaft überführen. Dieser wollen wir mehr wissenschaftliche und  
30      wirtschaftliche Freiheit durch Zielvereinbarungen einräumen, die die bisherige  
31      Detailsteuerung ersetzen. Dazu wird die neue Medizinische Hochschule einen eigenständigen  
32      Hochschulvertrag erhalten.
- 33       • Wir wollen, dass die Charité sich in Zukunft auf Spitzenmedizin konzentrieren kann. Dazu  
34      werden wir die Aktivitäten der Charité in der Grund- und Regelversorgung auf andere  
35      Krankenhäuser übertragen.
- 36       • Das Auftreten von Fällen mit mehrfachresistenten Bakterien werden wir systematisch und  
37      zentral erfassen, um Risiken für Patienten zu verringern und hygienische Standards zu  
38      verbessern.

- 1     • Wir wollen, dass Lehrtätigkeiten von ärztlichem Personal in Dienstplänen und  
2       Personalschlüsseln adäquat berücksichtigt werden, damit Lehrende Zeit für gute Lehre  
3       erhalten.
- 4     • Wir wollen Medizinstudenten besser in klinische Abläufe einbinden, damit schon früh  
5       ausreichend praktische Erfahrung mit Patientenkontakten gesammelt werden kann. Einen  
6       Missbrauch von Studenten für unbezahlte stationäre Hilfsarbeiten auf personell  
7       ausgebluteten Stationen werden wir konsequent beenden.

### 8     **Gesundheitswirtschaft**

9     Wir wollen unsere Stadt als forschungs- und innovationsfreundlichen Standort mit exzellenten  
10    Bedingungen im internationalen Umfeld weiter etablieren. Kooperation und funktionierende  
11    Netzwerke sind die Voraussetzung für eine prosperierende Gesundheitswirtschaft.

- 12     • Wir benötigen eine kürzere Fristenbindung der Ethik-Kommission. Die Ethik-Kommission darf  
13       Innovationen nicht durch Entscheidungsverzögerung verschleppen.
- 14     • Wir werden abwandernde Fachkräfte systematisch nach ihren Gründen befragen, um die  
15       Arbeitsbedingungen in Berlin zu verbessern.
- 16     • Wir wollen eine jährliche Messe der entwickelnden Unternehmen und Institutionen, die zur  
17       Vernetzung der öffentlichen Stellen und der Gesundheitswirtschaft und der Netzwerkbildung  
18       der Akteure untereinander beiträgt.
- 19     • Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität der gesundheitsbezogenen Dienstleistungen  
20       ständig gemessen und bewertet wird. Zu diesem Zweck werden wir in Berlin einen  
21       Forschungsschwerpunkt „Methoden- und Versorgungsforschung“ aufbauen.

### 22    **Ärztliche Versorgung und Öffentlicher Gesundheitsdienst**

- 23     • Berlin setzt sich in der Gesundheitsministerkonferenz für die Erstellung eines nationalen  
24       Pandemieplans ein, damit Überreaktionen wie bei der „Schweinegrippe“, die die  
25       Bevölkerung verunsichern und kostspielig sind, künftig unterbleiben.
- 26     • Die HIV-Prävention werden wir durch Präventionsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen,  
27       Sportvereinen und anderen Institutionen stärken.
- 28     • Wir werden dafür sorgen, dass die Freiheit des Arztberufes und die Unabhängigkeit  
29       ärztlichen Handelns nicht länger zur Disposition gestellt werden. Nur eine Vielfalt von  
30       Organisationsformen und Trägerschaften der ambulanten Versorgung und mehr Flexibilität  
31       für Ärzte gewährleisten eine rationale Ressourcennutzung, geringere Wartezeiten und  
32       bessere Qualität für Patienten.
- 33     • Die Bedarfsplanung wollen wir deregulieren, um mehr Niederlassungsfreiheit zu  
34       gewährleisten.
- 35     • Wir werden die Möglichkeit der Sonntagsöffnung von Arzt- und Zahnarztpraxen einführen.  
36       Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative zur Aufnahme von Arzt- und Zahnarztpraxen in die  
37       Liste der Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot einbringen.

### 1    **Soziales**

#### 2    *Effizienter Mitteleinsatz in Notlagen*

3    Soziale Sicherheit ist unerlässlich für ein Leben in freier Selbstbestimmung. Daher ist das  
4    Gewährleisten einer sozialen Absicherung elementarer Bestandteil unseres Verständnisses von  
5    Freiheit. Der allumfassende Versorgungsstaat aber, der alles umverteilen und reglementieren will,  
6    läuft dem zuwider. Staatliche Unterstützung darf nie zur reinen Almosenverteilung werden, sondern  
7    hat stets Hilfe zur Selbsthilfe zu sein, wenn der Einzelne sich nicht mehr selbst helfen kann. Wir  
8    unterstützen daher jede Eigeninitiative und jedes gesellschaftliche Engagement, das geeignet ist,  
9    Notlagen zu beheben, finanzielle Abhängigkeiten vom Staat zu beseitigen und Eigenverantwortung in  
10   Würde zu ermöglichen.

- 11         • Wir wollen, dass das Geld, welches wir als Steuerzahler zur Unterstützung Anderer  
12         entrichten, effizient eingesetzt wird. Es muss vor allem den Bedürftigen zugutekommen und  
13         darf nicht in der Landesverwaltung oder Trägerlandschaft versickern.
- 14         • Wir wollen im Sozialbereich Transparenz und Effizienz fördern, indem wir soziale Leistungen  
15         über Benchmarks vergleichbar machen. Wir wollen die Maßnahmen fördern, die die besten  
16         Ergebnisse erbringen.
- 17         • Das Know-How älterer Menschen wollen wir gezielt nutzen, um ehrenamtliches Engagement  
18         weiter auszubauen. Das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt werden wir weiter  
19         befördern.
- 20         • Werkstätten für behinderte Menschen sollen Menschen mit Behinderungen verstärkt auf die  
21         Arbeit im ersten Arbeitsmarkt vorbereiten und dort unterstützend begleiten. Eine Quote von  
22         1% pro Jahr beim Übergang zum Normalarbeitsmarkt zeigt ein Systemversagen.

### 23    **Sozialmarkt**

24    Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es dringend einer stärkeren Kontrolle der im Sozialmarkt  
25    eingesetzten öffentlichen Mittel bedarf („Treberhilfe-Skandal“).

- 26         • Wir wollen mehr Transparenz für Politik und Öffentlichkeit durch ein Online-Register und  
27         einen Trägeratlas, in dem alle sozialen Dienstleister mit ihren Projekten und den  
28         Finanzierungsvolumina verzeichnet sind.
- 29         • Wir wollen einen bundesweiten Leistungsvergleich zu Gesamtkosten sozialer Leistungen  
30         gegliedert in Verwaltungskosten, Gehälter usw. einrichten.
- 31         • Die Ausschreibung von Sozialleistungen werden wir transparenter machen. Wir werden dafür  
32         sorgen, dass Leistungen erfolgsorientiert ausgeschrieben werden, um eine nachgelagerte  
33         externe Bewertung zu ermöglichen. Erfolg misst sich im Sozialbereich immer an mehr  
34         Selbstständigkeit und Verringerung der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung.
- 35         • Die bestehenden Kontrollmechanismen sind konsequent zu nutzen, Wirksamkeit und  
36         Wirtschaftlichkeit der durchgeführten Maßnahmen sind regelmäßig zu überprüfen.
- 37         • Wir werden uns dafür einsetzen, dass die sozialen Träger in einen echten Wettbewerb  
38         zueinander gestellt werden. Das Kriterium der „Erfahrung vor Ort“ darf nicht zu einer  
39         immerwährenden Marktzugangsbeschränkung für neue Dienstleister werden.

**Leitantrag**

---

- 1     • Der Staat hat die Aufgabe im Sozialsektor eine Bedarfsplanung vorzunehmen, die auf  
2       transparenten Kriterien und nicht auf dem Angebot der Trägerlandschaft beruht.

**3     Barrierefreiheit**

4     Barrierefreiheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sie stellt die Benutzbarkeit der  
5       Einrichtungen unserer Stadt für jeden Menschen sicher.

6     Darum bekennen wir uns zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Wir wollen die öffentliche  
7       Infrastruktur, den ÖPNV, öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Gebäude barrierefrei  
8       gestalten.

### 1 **Familie, Zusammenleben und Miteinander**

#### 2 *Verantwortungsgemeinschaft im Mittelpunkt*

3 Familie ist dort, wo Kinder sind. Unser Leitbild der Familie ist jede auf Dauer angelegte  
4 Verantwortungsgemeinschaft, in der Menschen füreinander einstehen und Verantwortung  
5 übernehmen. Das familiäre Zusammenleben und die Erziehung von Kindern dürfen nicht verstaatlicht  
6 werden. Das heißt jedoch nicht, Eltern mit der Verantwortung und den Belastungen alleine zu lassen.  
7 Für die FDP gibt es auch eine öffentliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche. Neben dem  
8 Einsatz der Eltern muss bei Bedarf eine Ergänzung durch pädagogische Angebote und soziale Dienste  
9 erfolgen. Eltern müssen in der Erfüllung ihrer familiären Aufgaben gestärkt und unterstützt werden.

10 Eltern müssen aber auch aktiviert werden. Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder aus den sog.  
11 bildungsfernen Elternhäusern nur eine sehr geringe Chance haben, sich ihren Begabungen  
12 entsprechend zu entfalten, denn es mangelt an Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern.  
13 Chancengerechtigkeit muss jedoch unabhängig von der Herkunft ermöglicht werden. Deshalb wollen  
14 wir die Kitas und Schulen stärken. Elternberatung braucht einen höheren Stellenwert. Die Kita wollen  
15 wir deshalb zu einem Bildungs- und Familienzentrum ausbauen.

16 Wir verteidigen die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Wir sorgen für die rechtliche und  
17 tatsächliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Wir brauchen eine  
18 gesellschaftliche Kultur der gegenseitigen Achtung, in der für Intoleranz und diskriminierendes  
19 Verhalten kein Raum bleibt.

### 20 **Jugend und Jugendhilfe**

21 Wir setzen uns neben der notwendigen Intervention vor allem für eine Stärkung vorbeugender  
22 Maßnahmen ein, die Kinder und Eltern frühzeitig durch Hilfe zur Selbsthilfe erreichen. Ohne  
23 Präventionskonzepte kommt Hilfe immer zu spät. Hilfen werden immer teurer, je später sie greifen.

- 24 • Wir fordern eine konsequente Stärkung der Pflegefamilien anstelle der dreimal so teuren  
25 Kinderheime.
- 26 • Hilfen zur Erziehung dürfen in Berlin nicht teurer oder weniger effizient sein als im übrigen  
27 Bundesgebiet. Die Vergabe der Mittel muss zielgerichtet gesteuert werden.
- 28 • Die inhaltlichen und zeitlichen Angebote der Jugendfreizeitheime sind am tatsächlichen  
29 Bedarf der Nutzer auszurichten.

### 30 **Kinderschutz**

31 Wir wollen Gewalt und Missbrauch an Kindern verhindern, ohne grundsätzlich jeder Familie ein  
32 Misstrauen entgegen zu bringen.

- 33 • In Problemfällen ist eine frühzeitig aufsuchende, unterstützende Prävention erforderlich, die  
34 einen persönlichen, vertrauensvollen, kontinuierlichen Kontakt zu den Eltern herstellt,  
35 Überforderungen anspricht und Informationen über die entwicklungsgemäßen Bedürfnisse  
36 von Kindern vermittelt.

- 1     • Wir wollen Eltern über regelmäßige und enge Zusammenarbeit mit Erziehern und
- 2       Lehrkräften aktivieren, damit sie ihren wesentlichen Anteil am Bildungsprozess ihres Kindes
- 3       besser wahrnehmen können.
- 4     • Das Konzept der „Familienhebammen“ für Problemfamilien wollen wir ausbauen, um junge
- 5       Menschen aktiv für die Wahrnehmung ihrer Verantwortung als Eltern zu qualifizieren.

### 6     Kindertagesstätten und -pflege

- 7     • Die großen und unrentablen Kita-Eigenbetriebe wollen wir auflösen und alle Kitas in freie
- 8       Trägerschaft überführen.
- 9     • Wir wollen mehr Klasse statt Masse in den Kitas. Darum wollen wir keine kostenfreie,
- 10       sondern eine gute Kita. Die Beiträge wollen wir direkt in eine bessere Betreuungsqualität
- 11       investieren, um die Förderbedingungen der Kinder und die Arbeitsbedingungen der
- 12       Mitarbeiter gleichzeitig zu verbessern.
- 13     • Eine generelle Kitapflicht lehnen wir ab. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder liegt
- 14       zunächst bei den Eltern.
- 15     • Wir wollen mit Hilfe von Fortbildungsmaßnahmen, Zertifizierung und Qualitätssicherung den
- 16       Ausbau der Kindertagespflege fördern. Dort soll der Bildungs- und Betreuungsanspruch noch
- 17       besser garantiert werden.
- 18     • Tagesmütter wollen wir verstärkt einsetzen, damit junge Mütter unbesorgt ihrer Arbeit
- 19       nachgehen können, während sie ihr Kind in einer adäquaten Kleinstgruppenbetreuung
- 20       wissen.

### 21     Frauen und Gleichstellung

22     Geschlechtsbezogene Diskriminierung ist in einer modernen Gesellschaft nicht akzeptabel. Frauen  
23     sind in Spitzen- und Leitungspositionen immer noch unterrepräsentiert, was auch für den  
24     Öffentlichen Dienst gilt. Auch verdienen sie bei gleicher Tätigkeit weniger als Männer.

- 25     • Wir setzen uns für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein.
- 26     • Fort- und Weiterbildungsangebote wollen wir auch während der Elternzeit zur Verfügung
- 27       stellen, um einen Einstieg oder Umstieg nach dem Ende der Elternzeit zu erleichtern.
- 28     • Bei gleicher Qualifikation wollen wir in Führungspositionen der landeseigenen Unternehmen
- 29       Frauen bevorzugt einsetzen.
- 30     • Teilzeitangebote wollen wir im öffentlichen Dienst verstärken, um die Vereinbarkeit von
- 31       Beruf und Familie zu fördern.

32  
33     Die Finanzierung von Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen werden wir auf eine verlässliche

34     Grundlage im Landeshaushalt stellen.

### 35     Senioren

36     Zukünftig werden wir noch mehr auf die Lebenserfahrung und Kompetenzen der älteren

37     Generation angewiesen sein, um den demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu

38     entsprechen.

# **77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011**

## **Leitantrag**

---

- 1     • Alle Gesetze und Verordnungen im Land Berlin wollen wir auf nicht sachgerechte  
2       Altersbeschränkungen untersuchen, um sie zu streichen oder anzupassen
- 3     • Wir werden ein verlässliches System der Mobilitätshilfsdienste einrichten, das  
4       gesellschaftliche Teilhabe für Senioren mit Behinderung ermöglicht.

### 1 **Integration**

#### 2 *Eigenverantwortung als Schlüssel liberaler Integrationspolitik*

3 In vielen Teilen unserer Stadt sind Integrationsprobleme real und konkret sichtbar. Um die  
4 eingefahrenen Wege der Multi-Kulti-Romantiker auf der einen Seite und der Scharfmacher auf der  
5 anderen Seite zu verlassen, bedarf es liberaler Lösungsansätze. Für uns Liberale müssen alle  
6 Menschen grundsätzlich eigenverantwortliche Entscheidungen treffen, selbstverständlich auch  
7 Menschen mit Migrationshintergrund. Wir Liberale nehmen sie ernst und wollen sie in die  
8 gemeinschaftliche Verantwortung für unser Gemeinwesen nehmen. Genauso erwarten wir von  
9 ihnen, wie von allen anderen Bürgern auch, Toleranz gegenüber den verschiedensten Ansichten und  
10 Lebensweisen aller Menschen in diesem Land. Deshalb wollen wir für Migranten bessere Chancen  
11 eröffnen, aber auch deutlich ihnen gegenüber Erwartungen aussprechen.

12

13 Jeder, der in Deutschland lebt, egal welcher Herkunft, muss die Menschenwürde und die  
14 Grundrechte anderer Menschen achten. Unverhandelbar sind für uns die Grundwerte der  
15 freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Hierzu gehören neben der Gleichheit aller Menschen vor  
16 dem Gesetz insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter  
17 und die Achtung gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Wir akzeptieren daher weder rassistische  
18 Ausfälle noch deutschenfeindliches Verhalten. Unsere Gesellschaft hat als aufnehmende Gesellschaft  
19 das Recht, klare Bedingungen zu definieren und diese gegenüber den Einwanderern zu  
20 kommunizieren und ihre Erfüllung einzufordern. Genauso wie wir Respekt für Menschen mit  
21 anderem religiösen Hintergrund erwarten, fordern wir im Gegenzug Respekt für die offene und  
22 tolerante Gesellschaft und deren Ausprägung. Eine solche Kultur der Toleranz muss von allen  
23 Menschen akzeptiert werden.

24 Mit neuen Zuwanderern wollen wir Integrationsvereinbarungen abschließen. Im Rahmen der  
25 Vereinbarung verpflichten sich die Zuwanderer zu eigenen und konkret spezifizierten  
26 Integrationsleistungen, wie z. B. innerhalb bestimmter Fristen die deutsche Sprache zu erlernen.  
27 Denn Integration ist für uns eine Bringschuld der Zuwanderer. Im Gegensatz wird sich das Land Berlin  
28 verpflichten, Zuwanderern entsprechende Hilfestellungen zu geben, beispielsweise für qualifizierte  
29 und kostenfreie Sprachlehrangebote zu sorgen. Die Einhaltung der Integrationsvereinbarung soll  
30 Grundlage des Aufenthalts sein, Verstöße werden mit Sanktionen geahndet.

31 Das Mittel der Integrationsvereinbarung soll, soweit möglich, auch hinsichtlich der bereits hier  
32 lebenden, aber noch nicht integrierten Menschen im Rahmen der nachholenden Integration als  
33 Zielvereinbarung angewendet werden. Dabei werden wir bei den Zuwanderern beginnen, bei denen  
34 Integrationsdefizite besonders augenfällig sind und die staatliche Unterstützungsleistungen erhalten.

35 Wir werden dafür sorgen, dass im Rahmen der Eingliederungsvereinbarungen, die die Jobcenter mit  
36 Arbeitslosen abschließen, verstärkte Bemühungen des Erlernens der deutschen Sprache abverlangt  
37 werden. Von der Möglichkeit, Zuwanderer zur Teilnahme an einem Sprachkurs zu verpflichten,  
38 wollen wir verstärkt Gebrauch machen.

## Leitantrag

---

- 1 Wir werden die bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Integrationsverweigerern  
2 konsequent anwenden. Bei Verweigerung des Sprach- bzw. Integrationskurses werden wir  
3 regelmäßig von den gesetzlich vorgesehenen finanziellen und gegebenenfalls  
4 aufenthaltsbeendenden Sanktionsmöglichkeiten Gebrauch machen. Zur Durchsetzung von  
5 Sanktionen werden wir einen Informationsaustausch zwischen den beteiligten Behörden  
6 sicherstellen.
- 7 Die Erwartung der deutschen Gesellschaft, dass Einwanderer schnellstmöglich die deutsche Sprache  
8 beherrschen, muss soweit wie möglich manifestiert werden. Wir werden dazu auch die Berliner  
9 Behörden anhalten. Beispielsweise soll die Erlidigung von alltäglichen Behördengängen grundsätzlich  
10 nur in der Amtssprache Deutsch möglich sein.
- 11 Gerade in jungen Jahren müssen Grundlagen für eine erfolgreiche Integration geschaffen werden:  
12 Wir werden daher sicherstellen, dass Kindergärten und Schulen integrative Aufgaben erfüllen. Nach  
13 Vollendung des dritten Lebensjahres werden Sprach- und Entwicklungsstand aller Kinder unabhängig  
14 vom Migrationshintergrund untersucht. Sofern Sprachdefizite festgestellt werden, besteht eine  
15 Kitapflicht mindestens in den letzten 2 Jahren vor Schulbeginn. Die verbindliche START-Klasse (→  
16 Bildung) vor der Einschulung soll allen Kindern gleiche Startchancen ermöglichen. Kinder, die noch  
17 nicht die notwendigen Deutschkenntnisse besitzen, müssen daher zunächst Intensivsprachkurse  
18 besuchen. Bei Schülern, die wiederholt durch rassistisches, antisemitisches, deutschenfeindliches  
19 oder sonstiges diskriminierendes Verhalten auffallen, muss der Katalog disziplinarischer Maßnahmen  
20 konsequent ausgeschöpft werden.
- 21 Wir werden es nicht hinnehmen, dass viele motivierte Migranten mit Berufs- und  
22 Hochschulabschlüssen aus ihren Herkunftsländern durch eine restriktive und intransparente  
23 Ausbildungsanerkennung dazu gezwungen werden, soziale Transferleistungen in Anspruch zu  
24 nehmen oder geringqualifizierte Tätigkeiten auszuüben. Wir werden uns daher für ein möglichst  
25 einheitliches und übersichtliches Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und  
26 Hochschulabschlüsse einsetzen, das auch bereits vor der Einreise im Herkunftsland betrieben werden  
27 kann. Über entsprechende Anträge muss innerhalb einer Frist von drei Monaten entschieden  
28 werden.
- 29 Eine einseitige Bevorzugung von Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst, wie vom rot-  
30 roten Senat im Integrationsgesetz vorgesehen, lehnen wir als einseitig diskriminierend ab.
- 31 Berlin braucht qualifizierte Zuwanderer, die zur Entwicklung unserer Stadt einen positiven Beitrag  
32 leisten. Wir wollen daher die Zuzugskriterien denen klassischer Einwanderungsländer, zum Beispiel  
33 Kanada, angelehen. Wir müssen uns Zuwanderer interessens- und bedarfsorientiert aussuchen  
34 können. Die Auswahl soll über ein Punktesystem erfolgen, in welchem Defizite in einem Bereich  
35 durch besondere Qualifikationen in einem anderen kompensiert werden können. Der Zuzug von  
36 Fachkräften muss unbürokratischer werden. Besonders hochqualifizierte Zuwanderer sollen daher  
37 keiner Vorrangprüfung mehr unterliegen oder ein ganz konkretes Arbeitsplatzangebot nachweisen  
38 müssen.

## Leitantrag

---

- 1 Wir werden das Vorhaben der liberalen Bundesjustizministerin unterstützen, Zwangsheirat zu einem eigenständigen Straftatbestand zu machen. Ferner werden wir dafür sorgen, dass gefährdete junge Migrantinnen und Migranten frühzeitig über das Phänomen der Zwangsheirat sowie ihre diesbezüglichen Rechte, aber auch vorhandene Schutzeinrichtungen aufgeklärt werden.
- 5 Schulen werden wir dabei unterstützen, nach dem Vorbild der Hoover-Realschule eine Deutschpflicht auf dem gesamten Schulgelände einführen zu können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulen ein Kopftuchverbot einführen können, um Mädchen bei Bedarf vor sozialer Ausgrenzung zu schützen. Gleichermaßen sollen die Schulen im Bedarfsfall eine einheitliche Schulbekleidung einführen können, um soziale Ausgrenzungen zu vermeiden.
- 10 Einen weiteren Zuzug in die Sozialsysteme lehnen wir ab. Zuwanderer sollen sich grundsätzlich selbst finanzieren. Daher sollen Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten im Regelfall fünf Jahre lang keinen Anspruch auf steuerfinanzierte Förderung durch die Solidargemeinschaft erhalten. Ein Ehegattennachzug soll nicht möglich sein, wenn der in Deutschland lebende Ehepartner innerhalb der vergangenen drei Jahre Leistungen der Grundsicherung bezogen hat.
- 15 Wir wollen doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen und die bestehende Optionslösung abschaffen. Ein kommunales Wahlrecht zu den Bezirksverordnetenversammlungen für Nicht-EU-Bürger lehnen wir ab.

## 18 Sport

19 Sport leistet einen großen Beitrag zur Gesundheit, Integration und Vermittlung sozialer  
20 Kompetenzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für Breiten- und Leistungssport besonders für  
21 Kinder und Jugendliche verbessern. Wir wollen eine langfristige und vorausschauende  
22 Sportstättenentwicklung.

- 23 • Wir wollen eine engere Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen ermöglichen. Sport  
24 soll in den Schulalltag integriert werden.
- 25 • Beim Schwimmunterricht müssen die vorhandenen Ressourcen durch Kooperation mehrerer  
26 Schulen mit Bäderbetrieben und Schwimmvereinen besser genutzt werden. Jedes Kind muss  
27 Schwimmen lernen, um Badeunfälle vorzubeugen.
- 28 • Wir wollen vorhandene Sportanlagen für den Sport besser nutzen. Dazu werden wir ein  
29 Online-Portal für die Nutzung von Sportanlagen einrichten und Schulhöfe und Sportanlagen  
30 auch außerhalb der Schulzeiten für sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen.
- 31 • Wir wollen, dass die Bäderbetriebe wirtschaftlich arbeiten. Die hohen Subventionen durch  
32 alle Steuerzahler an die Bäderbetriebe sind auf Dauer nicht tragbar. Daher werden wir die  
33 Übertragung der Bäder an private Pächter und die Auslastung der bestehenden Standorte  
34 prüfen.

1

2     **Verbraucherschutz**

3     Beim Verbraucherschutz steht der mündige Bürger im Mittelpunkt. Statt ihn ständig zu  
4     bevormunden, wollen wir, dass der Verbraucher in die Lage versetzt wird, informierte und bewusste  
5     Kaufentscheidungen in Eigenverantwortung zu treffen. Staatliche Kontrollen müssen  
6     Mindeststandards sicherstellen und gezielt und wirksam wettbewerbliche Prozesse befördern.

- 7         • Den elitären Verbraucherschutzzansatz der Grünen lehnen wir ab. Verbraucherschutz und  
8         Lebensmittelsicherheit müssen über den Bio-Supermarkt hinaus auch für die Menschen  
9         gewährleistet sein, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens auf preiswerte Lebensmittel  
10        angewiesen sind.
- 11        • Wir werden die Möglichkeiten der Verbraucherinformationen weiter ausbauen und  
12        bestehenden Institutionen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.
- 13        • Die Ausstattung und Anzahl der Kontrolleure in Berlin werden wir entsprechend den realen  
14        Anforderungen erhöhen.

### 1 Kultur

2 Kunst und Kultur spielen für die Attraktivität unserer Stadt eine herausragende Rolle. Kultur ist Wert  
3 an und für sich und nicht Mittler für etwas. Mittler ist die Politik – nicht die Kultur. Der Staat hat  
4 kulturelle Inhalte zu respektieren und kulturelle Entwicklung zu fördern, ohne dass es zu einer  
5 Daueralimentation künstlerischer Initiativen kommen darf, denn finanzielle Abhängigkeit schafft  
6 Unfreiheit. Im liberalen Verständnis ist Kultur eine dynamische Größe, der man nicht mit statischen  
7 Konzepten begegnen kann. Aufgabe der Politik ist es, auf der Basis eines sensiblen Umgangs mit dem  
8 kulturellen Erbe Zukunftsstrategien für die Entfaltung kultureller Leistung einerseits und die Stärkung  
9 kulturellen Bewusstseins andererseits zu entwickeln: der Staat schafft die Rahmenbedingungen, die  
10 Bürger die Kultur.

11 Zur Sicherung einer hohen Qualität wollen wir

- 12 • alle Förderungsmodelle kritisch evaluieren. Förderungen binden wir an nachprüfbarer  
13 Maßstäbe: Künstlerische Qualität, Alleinstellungsmerkmale, Förderung der Imagebildung  
14 Berlins, Zukunftsorientierung und innovative Kraft.
- 15 • künstlerische Freiräume durch das Schaffen von flexiblen Rahmenbedingungen sichern und
- 16 • überlebte Institutionen zur Disposition stellen.

17 Im Einzelnen bedeutet das:

- 18 • Das Humboldtforum ist das bedeutendste kulturelle Bauvorhaben in Berlin. Wir wollen das  
19 Humboldt-Forum auf dem Berliner Schlossplatz zügig realisieren. Deshalb wollen wir den  
20 Berliner Landesanteil an den Baumitteln möglichst schnell zur Verfügung stellen, damit die  
21 Arbeiten beginnen können.
- 22 • Für die Liegenschaften der Dahlemer Museen werden wir ein Nachnutzungskonzept  
23 entwickeln. Kurzfristig werden wir die Bestände vor dem Verfall sichern.
- 24 • Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wollen wir in ihren Bemühungen unterstützen, private  
25 Kunstsammlungen für Berlin zu gewinnen.
- 26 • Innovative Finanzierungsinstrumente für die Kultur, die deren spezifischen Bedürfnissen  
27 angepasst sind, wollen wir weiter entwickeln.
- 28 • Die Zuwendungen an wirtschaftlich erfolgreiche Häuser, wie z.B. den Friedrichstadtpalast,  
29 sind stufenweise zurückzuführen.
- 30 • Die Struktur der Berliner Opernstiftung werden wir überprüfen. Ziel ist es, exzellente  
31 Opernhäuser mit internationaler Ausstrahlung in Berlin zu haben.
- 32 • Auf den Bau einer öffentlich finanzierten Kunsthalle werden wir verzichten.

33 Zudem fordern wir:

- 34 • Ein zentrales Bibliothekskonzept für Berlin, das die faire Teilhabe aller Bürger ermöglicht.
- 35 • Eine Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts: Nicht Einfühlung, sondern Vermittlung ist  
36 unser Ziel.

77. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Berlin 08./09.04.2011

## **Leitantrag**

## Kreativwirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft meinen die Märkte von Architektur, Design, Mode, Werbung, Musik, Film, Rundfunk und Fernsehen, bildender und darstellender Kunst, Print- und Online-Medien. All dies sind Bereiche, in denen ästhetische und ideelle Werte gleichrangig neben wirtschaftlichem Nutzen stehen. Die konsequente Nutzung dieses Potenzials ist entscheidender Impuls für den Standort Berlin.

Zentrale liberale Ziele sind:

- Wir wollen die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin, der das offene und kreative Klima der Stadt prägt, durch Entbürokratisierung entlasten.
  - Wir wollen das Bundesprogramm „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung“ verstärkt für Berliner Unternehmer nutzbar machen.

Medien

Für uns Liberale bilden die Medienfreiheit und die Staatsferne in der Medienaufsicht die Grundlage unserer Politik, ob unter dem Stichwort Pressefreiheit, oder im Einsatz gegen Zensur im Internet. Wir wollen die Meinungs- und Pressevielfalt als Voraussetzung unserer pluralistischen Gesellschaft erhalten. Die enormen gesellschaftlichen und individuellen Chancen der Neuen Medien wollen wir umfassend nutzen und dabei den Risiken wirksam begegnen.

Im Einzelnen bedeutet das:

- Jugendmedienschutz darf sich nicht in der Bevormundung Jugendlicher oder der pauschalen Verurteilung von Computerspielen erschöpfen. Wir müssen vielmehr die Kompetenz aller Bürger, vom Schüler bis zu Senioren, im Umgang mit den verschiedenen Medienformen durch Bildungs- und Fortbildungsangebote stärken.
  - Eine vielfältige Medienlandschaft bedarf sowohl eines zurückhaltenden Staates als auch kritischer, selbstbewusster Bürger: Statt auf politisch motivierte Bevormundung des Bürgers setzen wir auf die Entwicklung von Medienkompetenz auf allen Bildungsebenen.
  - Der freie Zugang zum Internet ist unverzichtbar, um jedem Bürger gleiche Kommunikations- und Zukunftschancen zu eröffnen.

O angenommen O abgelehnt O zurückgezogen O erledigt durch .....

überwiesen an .....

Abstimmung:      ja                nein                Enthaltung                ungültig